

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
28. Mai 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Postweg 10 bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

- Fünzig Jahre. — Lassalles Erbschaft. Von R. Luxemburg. — Die zweite Konferenz der Textilarbeiterinnen Schlesiens. Von Martha Hoppe. — Die Rüstungslast. II. Von H. B. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. I. Von Anna Bloß. — Sie war eine Kämpferin! Von Emil Unger.
- Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht über die proletarische Frauenbewegung im sechsten sächsischen Wahlkreis. — Die Kreis-Frauenversammlung des sechsten sächsischen Kreises. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Holzarbeiterbewegung. Von sk. — Der Deutsche Textilarbeiterverband im Jahre 1912. Von sk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
- Notizenteil: Dienstoffenergie. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

Fünzig Jahre.

„Wo hätte die Bourgeoisie — ihre Philosophen und Schriftgelehrten eingerechnet — ein ähnliches Werk wie Weitlings Garantien der Harmonie und Freiheit in bezug auf die Emanzipation — die politische Emanzipation — aufzuweisen? Vergleicht man die nüchterne, kleinlaute Mittelmäßigkeit der deutschen Literatur mit diesem maßlosen und brillanten literarischen Debüt der deutschen Arbeiter; vergleicht man diese riesenhaften Kinderschuhe des Proletariats mit der Zwerghaftigkeit der ausgetretenen politischen Schuhe der Bourgeoisie, so muß man dem deutschen Aischenbrödel eine Athletengestalt prophezeien.“ Es war Karl Marx, der also die 1842 erschienene Schrift eines Proletariers würdigte, die Schrift des genialen Schneidergesellen Wilhelm Weitling, in der sich die deutschen Arbeiter als bewußte Träger der künftigen sozialen Revolution anmeldeten. Mit dem Seherblick, der seine zeitumspannende Kraft aus der klaren Veberrschung der Vergangenheit und Gegenwart schöpft, erfaßte Marx in der aufstauenden, vergänglichlichen Einzelercheinung des Tages das geschichtlich Kommende, Dauernde, Ganze. So wurde ihm die Kühnheit und Kraft des ringenden Geistes, die leidenschaftliche Blut des Willens eines Proletariers, der den Entertben ein großes Ziel jenseits der bürgerlichen Gesellschaft steckte, zum bedeutungsvollen Symptom für die Entwicklung und Zukunft der Klasse.

Wenn je eine Prophezeiung glänzend erfüllt worden ist, so die Marzens von der künftigen Athletengestalt des deutschen Aischenbrödels. Sie fiel, als das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats kaum seine ersten Laute lallte, und auch noch nicht die Spur einer Klassenorganisation vorhanden war, die die Gegenwartsinteressen der vom Kapital Ausgebeuteten verfolgte, die die Zurückeroberung ihres vollen Menschentums als hehres Zukunftsziel auf ihren Schild gehoben hätte. In den Zeiten, wo Marzens stolze Voraussage als erfüllte Wirklichkeit kämpfend unter uns steht, wo die Sozialdemokratie zur stärksten Partei des Deutschen Reiches, zur mächtigsten proletarischen Klassenpartei der ganzen Welt geworden ist, haben wir eine andere Prophezeiung vernommen: „Die

Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung.“ Auch sie drängt sich unseren Gedanken heute auf angesichts der Halbjahrhundertfeier des Bestehens der deutschen Sozialdemokratie. Gewiß nicht deshalb, weil sie kaiserlichem Munde entflohen ist und zum so und so vielen Male den Beweis erbracht hat, daß im Reiche des Geistes es nicht eben die Fürsten sind, die ragend thronen, und daß der Mangel an historischem Sinn sich unter den allerhöchsten Berufsfrankheiten der Monarchen zu finden pflegt. Vielmehr weil diese Voraussage in ihrer Belanglosigkeit zu Marzens tiefem Wort gehört wie der Gegenpol zum Pol.

Hier redet die bürgerliche Gesellschaft selbst mit ihrem Wünschen und Hoffen, hier zeigt sie ihr Zukunftsziel: die Gegenwart festzuhalten, womöglich zur Vergangenheit zurückzuführen, Sonne und Mond der geschichtlichen Entwicklung in den Tälern der kapitalistischen Ordnung stille stehen zu lassen, die für die ausgebeuteten Massen voller Grauen bleiben, auch wenn die bleichen, kalten Strahlen von Reformen in sie fallen. Dort hatte die Zukunft der revolutionären Klasse gesprochen, in der die Kräfte wachsen und reifen, die den Spruch der Geschichte vollziehen müssen: die bürgerliche Welt aus den Angeln heben und die freie Gesellschaft freier Arbeitender erbauen. Fünzig Jahre des Werdens und Wirkens der deutschen Sozialdemokratie haben bereits vor die Augen aller gestellt — mit Ausnahme jener Ewigblinden, die nicht sehen wollen —, welche Prophezeiung durch die unaufhaltsam treibende Macht der gesellschaftlichen Entwicklung aus dem Wort zur Tat wird: die des Fürsten, dem Gottes Gnade mit der Krone den entsprechenden Verstand schenkt, oder die des Genies, das sich in zähem, leidenschaftlichem Ringen um Erkenntnis den Einblick in die Triebkräfte der Geschichte erarbeiten muß.

Nur winzig war die Proletarierschlar, die sich zum Klassenkampf zu sammeln begann, als Lassalle die Sturmglöck mit der leidenschaftlichen Energie des Revolutionärs zog, der es nicht länger ertragen kann, die Geschichte verstehend zu erleben, der sie vielmehr bewußt gestalten will. Es schien, daß die Gegenrevolution, die auf 1848 gefolgt war, die schon emporgesproßten hoffnungsvollen Ansätze zur proletarischen Klassenorganisation zerstampft hatte, die kämpfend ihres Speeres Spitze wider die bürgerliche Gesellschaft kehren mußte. Es schien, als ob die Bourgeoisie erreicht habe, was sie gewollt, als sie die Revolution verriet, weil sie die politische Freiheit der Arbeiterklasse mehr fürchtete, als sie den Despotismus des feudalen Gottesgnadentums haßte. Soweit die Ausgebeuteten nicht stumpfsinnig und ergeben, tatenlos dem Strome des politischen Lebens nachstarrten, halfen sie die Schiffe des liberalen Bürgertums rudern. Und doch hätte ihnen der preußische Verfassungskonflikt mit jeder weiteren Etappe seiner Entwicklung unzweideutiger künden müssen, daß eben dieses liberale Bürgertum sich in Gestalt der Fortschrittspartei anschickte, unter schellenlauten Reden das Volksrecht ein zweites Mal an das regierende Junfer- und Gottesgnadentum zu verraten.

An den proletarischen Massen ging das „Arbeiterprogramm“ so gut wie unbeachtet vorüber, in dem Lassalle aus dem Geiste des kommunistischen Manifestes heraus der deutschen Arbeiterklasse ihre großen geschichtlichen Aufgaben an den Verhältnissen der Zeit und des Vaterlandes darlegte. Kaum anders war das Schicksal des „Offenen Antwortschreibens“, in dem er die Frage beantwortete: Was jetzt tun? Mit klassischer Einfachheit und Schärfe hatte hier Lassalle dem deutschen Proletariat das nächste Ziel seines Klassenkampfes gezeigt: die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts, als Mittel zu dem Zwecke, den Staat seinen Forderungen dienstbar zu machen. Nicht minder lichtvoll hatte er es auf den einzigen Weg zu diesem Ziele verwiesen: den festen Zusammenschluß zur selbständigen Kampfspartei. Allein über das kleine Häuflein der Proletarier hinaus, die angesichts des namenlosen Leidens ihrer Klasse ihre Pflicht als Kämpfer zu begreifen begannen, in denen sich der ewige Rebellentropf des gefesselten Menschentums aufbäumte, traf seine starke Mahnung nur taube Ohren. Nicht mehr als 12 Delegierte aus 11 Städten waren es, die am 23. Mai 1863 im Pantheon zu Leipzig zusammentraten und die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beschloßen. Und trotzdem ist die Stunde dieses Beschlusses von weltgeschichtlicher Bedeutung geworden. Es war die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie.

Lassalles kühne, unsterbliche Tat hatte mit zwingendem Griff das deutsche Proletariat aus der politischen Gefolgschaft der bürgerlichen Klassen und Parteien gelöst, auf die festgegründete dauernde Erde des Klassegegensatzes gestellt und ihm mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts das Banner aufgepflanzt, um das sich seine Massen im Schlangentümmel sammeln konnten. Er selbst trug den Ausgebeuteten dieses Banner voran und rief zum Aufmarsch. Und das mit der übermenschlichen Kraft des Wissenden, der die unbezähmbaren geschichtlichen Mächte kennt, die seine Sache zum Siege führen müssen, und mit dem glühvollen Ungestüm des Tatverlangenden, dem Wollen und Handeln Lebenserfüllung ist. Langsam, mit tödender Langsamkeit für Lassalles stürmende Feuerseele formierten sich die proletarischen Heerhaufen, um aus dumpfigen, engen Niederungen zu der weiten, luft- und lichtumflössenen Hochebene emporzusteigen, auf der sich das geschichtliche Schlachtfeld ihres Befreiungskampfes dehnt.

Nach einem Jahre aufopfernden, verzehrenden Wirkens, um die Ausgebeuteten zu erwecken, zählte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein erst gegen 1000 Mitglieder, 1865, nach dem Tode seines genialen Schöpfers, noch nicht 6000 und zehn Jahre später nur etwas über 15 000. Die entstandene feindliche Bruderorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein um die Seele der Proletarier rang, musterte zwar 1870 bereits etwas über 13 000 Anhänger, jedoch war ihre Gefolgschaft bis 1875 auf rund 9000 zusammengeschrunken. Heute reicht die Mitgliederzahl der deutschen Sozialdemokratie an eine Million heran. 1864, beim Tode Lassalles, konnte von Gewerkschaftsorganisationen in unserem Sinne nicht die Rede sein. Im letzten Jahre umfaßten die freien Zentralverbände mehr als 2¼ Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen. Als im Februar 1867 die Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes stattfanden, bekannten sich 58 000 Wähler als Sozialdemokraten. Bei den letzten Reichstagswahlen folgten 4¼ Millionen Stimmberechtigter der Fahne des proletarischen Klassenkampfes. Man braucht nicht alle Finger einer Hand, um die sozialdemokratischen Abgeordneten im norddeutschen Bundesparlament zu zählen. Im gegenwärtigen Reichstag arbeiten und kämpfen 110 Vertreter der Sozialdemokratie für das Brot des Lebens und Geistes, für Recht und Freiheit der Habenichtse, und in den Landtagen von 20 Einzelstaaten sitzen 224 Genossen, obgleich hier vielfach die Macht des Besitzes ihr Eindringen erschwert.

Und wie ist das Arbeits-, das Kampffeld der Sozialdemokratie gewachsen, wieviel neue Gebiete sind ihm angegliedert worden! In den Gemeinden kämpft sie um jeden

zollbreiten Boden, auf dem etwas Frucht für die Darbenden gedeihen kann — letztes Jahr zählte sie in 3150 Kommunen 10 124 Vertreter. Ihre Parteigänger wahren in den sozialen Versicherungseinrichtungen die proletarischen Interessen. Es gibt kaum noch eine soziale Körperschaft und Institution von größerer Bedeutung, die ihr nicht eine erfrittene oder noch von ihr umstrittene Stätte des Wirkens wäre. Der geschichtlichen Einsichtslosigkeit und dem mangelnden Gerechtigkeitsfimmel der bürgerlichen Parteien gegenüber darf die Sozialdemokratie sich ihrer aufblühenden Frauenbewegung rühmen. Sie kann stolz auf ihre planmäßige Bildungsarbeit verweisen — die Entwicklung ihrer Presse und Literatur inbegriffen — und voller Hoffnung und Vertrauen auf die proletarische Jugendbewegung blicken. Und was die proletarische Klassenorganisation geleistet hat und leistet, es ist der Proletarier eigenes Werk, die hier die Venden reißig gegürtet das Schwert führen, dort im schlichten Kittel die Kelle. Was Lassalle gewollt, was Marx geschaut, hat sich zu Fleisch und Blut verkörpert. Eine Athletengestalt ringt das kämpfende deutsche Proletariat mit allen staatlichen und gesellschaftlichen Gewalten der kapitalistischen Ordnung um seine Freiheit, und tausend Kobolde lachen, wenn die Besitzenden und Herrschenden sich vortäuschen, daß dieser junge Riese eine vorübergehende Erscheinung sei.

Denn dies erst gibt die richtige Wertung von der Größe des sozialdemokratischen deutschen Proletariats: seine Klassenorganisation ist im ununterbrochenen stürmischen Kampfe gegen äußere Feinde gewachsen, erstarbt und leistungsfähig geworden, und in heikeln inneren Ringen um ihre wirksamste Form, um die klarste Erkenntnis der Aufgaben, der Methoden und Grenzen ihres Wirkens. Noch ehe daß die Sozialdemokratie in dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein geboren wurde, traf sie in der Person ihres Begründers der giftigste Haß der deutschen Bourgeoisie, der bürgerlichen Parteien. Der jungen proletarischen Klassenorganisation selbst blieben keinerlei Rücken und Lücken der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Gewalten erspart: von der Befudlung ihres großen Zieles und der Verleumdung ihrer Führer bis zu den Listen und Brutalitäten eines Bütteltums und einer Juristerei, die durch keine Koalitionsfreiheit und kein Vereinsrecht der Arbeiter in Schranken gehalten wurden. In der Ara Tessendorf insbesondere sind die proletarischen Vereinigungen mit Skorpionen gezüchtet worden, ganz gleich, ob sie politischen oder gewerkschaftlichen Charakter trugen, auf Lassalle oder auf das Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei schworen. Es kamen die Zeiten des Deutsch-Französischen Krieges, der mit Blut das größere Vaterland zusammenkittete, dessen die ausbeutenden Klassen für ihre Plusmacherei bedurften. Mit den Opfern, die er forderte, den Träumen, die er zu erfüllen schien, den Ausblicken auf überquellenden Gewinn schuf er eine fieberhaft erregte Atmosphäre, in der sich unter dem Deckmantel patriotischer Gesinnung die grimme Wut der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer an dem „vaterlandslosen Gesindel“ austobte. Inmitten eines Segensabbaus von materiellen Nöten, inneren Konflikten, behördlichen und gesellschaftlichen Drangsalierungen und Verfolgungen erhob sich die junge Sozialdemokratie in Bebel und Liebknecht zum heldenhaften Protest gegen den Bruderkrieg, zum Bekenntnis der internationalen revolutionären Solidarität mit der geschmähten und verleumdeten Pariser Kommune. Als sie trotz alledem sieghaft vorwärts zu stürmen begann, da sollte der weiße Terror der Sozialistengesetze sie wirgen. Unter Opfern ungezählt überwand die proletarische Klassenorganisation auch diesen Feind, sie kehrte reißiger wieder, gewachsen an Kräften und Einsichten. Und ob seither die bürgerliche Klassenjustiz mit Zuchthauskurs und Bluturteilen das gemeine Recht als gemeinstes Recht gegen sie erprobt hat: ihre Heersäulen sind nur zahlreicher und geschlossenere ihre Straße gezogen.

Im leidenschaftlichen Kampfe der Geister ist jederzeit im eigenen Lager um die Formierung dieser Heersäulen, ihren

Weg, ihre Waffen, ist über die Bedingungen und Ziele ihres Vorstoßes gestritten worden. Wie manches liebe Mal haben nicht die Feinde frohlockt, daß die Brüder untereinander nicht mehr ihre Sprache verstehen würden, und daß der gewaltige Bau der freien Zukunftsgesellschaft unvollendet bleiben und zerfallen müsse, dem Turm zu Babel gleich. Lassalle empfing für seine große geschichtliche Tat herben Tadel von Marx und Engels, die verkanteten, daß es ihr eigenes Wissen und Wollen war, das er auf deutschem Boden und unter den gegebenen geschichtlichen Verhältnissen zu lebendiger Wirklichkeit erschuf. Noch bei Lebzeiten Lassalles drohten Auseinandersetzungen über Organisationsfragen den kaum zusammengeführten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu sprengen. Jedoch was der Erbauer selbst abwenden konnte, das geschah nach seinem Tode, als Unberufene sein Erbe verwalteten. Als endlich Schweizers organisatorischer Sinn und sein überragendes politisches Talent, von reichen Kenntnissen genährt, die Reihen wieder gefestigt hatten und zielsicher gegen den Feind führten, da wurde der weitergreifende Zusammenschluß der proletarischen Massen und ihr einheitlicher Aufmarsch zum Kampfe jahrelang durch den erbitterten Bruderkrieg zwischen „Lassalleanern“ und „Eisenachern“ aufgehalten. Um Wahrheit und Klarheit darüber ringend, wie das Proletariat sich am besten seiner Feinde zu erwehren, das Land seiner Sehnsucht zu erobern vermöchte, lernten sich die Parteigänger hüben und drüben als eines Blutes, eines Stammes kennen.

Jedoch auch nachdem der Einigungskongreß zu Gotha 1875 die Fraktionen zu der einen deutschen Sozialdemokratie unter dem Gelübnis zusammengezwängt hatte, „daß keine Not sie trennen solle und Gefahr“, ist der klirrende Waffenlärm des Meinungsstreites nicht verstummt. Immer wieder ist dieser aufs neue aus den Aufgaben des Tages geboren worden, mußte er aus ihnen geboren werden, wenn die eine Sozialdemokratie das richtige Verhältnis festhalten wollte zwischen der unentbehrlichen grauen Alltagsarbeit und dem erhebenden Kampfe für das sozialistische Endziel, wenn sie nach der Organisationsform trachtete, die jederzeit für Arbeit und Kampf die Entfaltung der höchsten Kraft gestattet. Auf wie vielen sozialdemokratischen Tagungen sind seit dem Falle des Sozialistengesetzes die Geister auseinandergeplatzt, um für den Aufbau der Partei die schwierige Aufgabe zu lösen: einen Organismus zu schaffen, der mit der nötigen Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Ganzen die ebenso unentbehrliche Bewegungsfreiheit für die einzelnen großen Teile verbindet und die Einverleibung neuer Glieder ermöglicht. Denn bei der Lösung dieser Aufgabe galt es nicht nur die weiterausgreifende und sich vertiefende Betätigung der Sozialdemokratie ins Auge zu fassen, mit den wechselnden politischen Situationen und den behördlichen Kniffen zu rechnen. Hier sprach auch die verschiedene geschichtliche Gestaltung in den einzelnen Bundesstaaten ein gewichtiges Wort mit.

Und hat sich nicht auch das höchste geschichtliche Leben des Proletariats, dem der Parteiorganismus dienen soll, unter Lanzenplittern erneut und entwickelt? Die Debatten über unsere Grundsätze und unsere Taktik haben die Geister und die Leidenschaften erregt wie einst die religiösen Streitfragen um Sakrament und Seelenheil. Der Druck des Sozialistengesetzes dämpfte wohl, aber hinderte nicht die Konflikte um die Notwendigkeit, unter wägender Beachtung der tatsächlichen Umstände und kühler Nichtachtung rechtlicher Formen die gleiche geschichtliche Berechtigung der ungesetzlichen wie der gesetzlichen Kampfmittel zu proklamieren. Die Partei schüttelte mit heftigen Bewegungen ebenso die irrlichterierende Revolutionäromantik der Jungen von sich ab, wie die genügsame Staatsmännerei einer Politik der offenen Hand für den guten bürgerlichen Willen. Sie ging tönender Worte zum Troß mit jenen, denen die harte Mühe des täglichen Kampfes nicht zu kleinlich und gering dünkt, aus dem öden Felsen der kapitalistischen Ordnung auch nur wenige Tropfen labenden Wassers für die verschmachtenden Ausgebeuteten zu schlagen. Sie

lehnte zornig die Mahnungen der neunmal weisen Rechenkünstler ab, die ihr ganz genau nach Adam Riese beweisen wollten, daß das sozialistische Endziel nicht die große Zentralfunktion sei, um die die Werktagsarbeit kreisen müsse, sondern nur ein sehr, sehr weit entfernter, kleiner, bleicher Stern.

Die letzten Parteitage haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie noch lange nicht die letzte Geisteschlacht um Organisation und Taktik geschlagen hat. Denn in anderem Sinne, aber nicht minder unerbittlich wie das kirchliche Dogma dem Gläubigen herrscht ihr die geschichtliche Erkenntnis vom rastlos brausenden Lebensstrom der gesellschaftlichen Entwicklung zu: stirb und werde! Der reisende Kapitalismus stellt ihr durch die Politik des Imperialismus immer gewaltigere, gefahren- und opferreichere, aber auch entscheidendere Aufgaben. Sie können nur durch außerparlamentarische Massenaktionen gelöst werden, die das Feld des Parlamentarismus befruchten, zu dessen Bestellung Lassalle das deutsche Proletariat gerufen hat. Die Voraussetzung dieser Massenaktionen ist aber nicht allein eine Klärung und Vertiefung der theoretischen Einsicht, die Kühnheit und Opferbereitschaft gebiert. Zu ihr muß sich eine Organisation gesellen, die mit der höchsten Geschlossenheit und Festigkeit die größte Elastizität vereint, so daß sie bei aller Unerstückerlichkeit ihrer Raders doch mit ihrem geistigen Leben in Zeiten politischen Sturmes und Wogendranges die außerhalb stehenden Massen zu erfüllen, sie ziel- und wegweisend zu leiten vermag. In einer solchen Organisation muß sich zur strammsten, einheitlichsten Leitung die demokratischste Mitentscheidungs macht aller Glieder fügen.

Die Sozialdemokratie kann im Anschauen ihrer Geschichte eines halben Jahrhunderts allen ihren Aufgaben, den schwersten Kämpfen mit ihren Feinden, den hitzigsten Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen ruhig entgegengehen. Es schreckt sie nicht, was hinter ihr liegt und was vor ihr dräut. Sie weiß, daß der Geschichte ewiges Muß sie immer wieder auf den Weg zwingt, der zur sozialen Revolution führt. Diese Erkenntnis ist unser aller Kraft, wenn im Angesicht der Qualen der Ausgebeuteten und der Verbrechen und des Schmutzes der Ausbeutungsordnung unserer glühenden Sehnsucht der Weg oft zu weit und zu gewunden dünkt. Die fünfzigjährige Geschichte der Sozialdemokratie bestätigt, wie richtig Marx die Dinge sah, als er schrieb:

„Bürgerliche Revolutionen stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages, aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Regenjammer erfasst die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nützlich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Laufe, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnern grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kraft aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse selbst rufen: Hier ist Rhodus, hier tanze!“

Lassalles Erbschaft.

„Sein Irrtum ist nur der aller prophetischen Naturen gewesen, zugleich und in einem als glänzendes Ideal zu schauen und zu begehren, was die Menschheit nur Schritt um Schritt und Stück um Stück in jahrhundertlangem Ringen erreichen kann.“ Mit diesen Worten schließt David Friedrich Strauß seinen „Gutten“. Und was von diesem, gilt in gleichem Maße von Lassalle. Jahrhunderte kommen freilich bei dem rasenden Tempo der heutigen kapitalistischen Entwicklung nicht mehr in Betracht. Aber was Lassalle in zwei Jahren

flammender Agitation der Geschichte abtrotzen wollte, das hat zu seinem Werden vieler Jahrzehnte bedurft. Doch gerade jener optischen Täuschung, der prophetische Naturen unterliegen, daß sie wie Riesen von ihren Berggipfeln die fernen Horizonte zum Greifen nahe wännen, verdanken wir die Kühne Tat, aus der die deutsche Sozialdemokratie hervorgegangen ist. Die Entstehung einer eigenen Klassenpartei des Proletariats war geschichtliche Notwendigkeit, sie war in dem kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe wie in dem politischen Wesen des bürgerlichen Klassenstaats gegeben. Mit oder ohne Lassalle wäre die deutsche Sozialdemokratie entstanden, wie mit oder ohne Marx und Engels der Klassenkampf des internationalen Proletariats der herrschende Faktor der neuzeitlichen Geschichte geworden wäre. Daß aber die proletarische Klassenpartei in Deutschland schon vor fünfzig Jahren, reichlich zwei Jahrzehnte früher als in allen anderen Ländern, und vorbildlich für alle anderen, daß sie mit solchem Glanze und Adel in die Schranken getreten ist, das verdankt sie dem Lebenswerk Lassalles und seinem „Ich hab's gewagt!“.

Klassenkämpfe sind die treibende Kraft und der Kern der Weltgeschichte, seit das Privateigentum die Scheidung der menschlichen Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete vollzogen hat. Der Kampf des modernen Proletariats ist nur der letzte in der Reihe der Klassenkämpfe, die sich wie ein roter Faden durch die geschriebene Geschichte ziehen. Und doch bieten die letzten fünfzig Jahre ein Schauspiel, für das die Weltgeschichte keine Beispiele sonst kennt: zum erstenmal tritt die große Masse der Ausgebeuteten im organisierten und zielbewußten Kampfe um ihre Klassenbefreiung auf. Alle bisherigen Revolutionen waren Revolutionen von Minderheiten im Interesse der Minderheiten. Und als die ersten Regungen des Proletariats in England, in Frankreich den modernen Klassenkampf eröffneten, da trat jedesmal die Masse nur für Augenblicke auf die Bühne, um nach einer revolutionären Sturzwelle immer wieder zu zerrinnen, in der bürgerlichen Gesellschaft aufzugehen.

Die von Lassalle ins Leben gerufene deutsche Sozialdemokratie war der erste weltgeschichtliche Versuch, eine dauernde Organisation der Masse, der Mehrheit des Volkes für den Klassenkampf zu schaffen. Dank der politischen Tat Lassalles wie dank der Theorie von Marx hat die deutsche Sozialdemokratie die neue Aufgabe glänzend gelöst. Die fünfzig Jahre ihrer Geschichte haben den Beweis erbracht, daß auf dem Boden der proletarischen Klasseninteressen sich wohl ein revolutionäres Endziel mit geduldigem Tageskampf, eine wissenschaftliche Theorie mit nüchternster Praxis, stramme und disziplinierte Organisation mit dem Massencharakter der Bewegung, Einsicht in die historische Notwendigkeit mit bewußtem tatkräftigem Willen vereinigen lassen. Die heutige Größe und Macht der Sozialdemokratie ist die Frucht dieser Vereinigung.

Die bisherige Geschichte der Sozialdemokratie läßt sich kurz zusammenfassen als die Ausnützung des bürgerlichen Parlamentarismus zur Aufklärung und Zusammenfassung des Proletariats in seiner Klassenpartei. Auf dieser Bahn, von der sie sich weder durch brutale Ausnahmegeetze noch durch demagogische List weglocken ließ, ist unsere Partei Jahrzehnt für Jahrzehnt vorwärts geschritten, bis sie die weitaus stärkste politische Partei des Deutschen Reiches, die stärkste Arbeiterpartei der Welt geworden ist. In diesem Sinne sind die letzten fünfzig Jahre bis zum heutigen Tage aber auch nur eine Ausführung des Aktionsprogramms Lassalles gewesen, das auf zwei nächste Ziele konzentriert war: die Schaffung einer von der liberalen Bourgeoisie unabhängigen Klassenorganisation der Arbeiter und die Erringung des allgemeinen Wahlrechts, um es in den Dienst der Arbeitersache zu stellen. Der Aufbau der Organisation und die systematische Ausnützung des allgemeinen Wahlrechts — dies war in der Tat im großen und ganzen der Lebensinhalt der Sozialdemokratie während des verflossenen halben Jahrhunderts.

Dieses Programm ist aber auch so ziemlich bis zu jener äußersten Grenze verwirklicht worden, wo nach dem Geize der

geschichtlichen Dialektik die Quantität in die Qualität umschlagen, wo das bloße unaufhaltsame Wachstum der Sozialdemokratie auf dem Boden und im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus allgemach von selbst über diesen hinaus führen muß.

Die kapitalistische Entwicklung Deutschlands wie der gesamten Weltwirtschaft hat heute einen Grad erreicht, demgegenüber die Verhältnisse, in denen Lassalle sein unsterbliches Werk vollbrachte, wie unbeholfene Kindheit erscheinen. Während damals in Europa erst der Rahmen der bürgerlichen Nationalstaaten für die ungehemmte Herrschaft des Kapitals zurechtgezimmert wurde, werden heute die letzten Fetzen nichtkapitalistisch beherrschter Erdstriche von dem imperialistischen Ungeheuer zerrissen, das Kapital ist im Zuge, seine Weltherrschaft durch eine Kette blutiger Expansionskriege zu krönen. Der bürgerliche Parlamentarismus war auf dem europäischen Festland schon von der Geburt an aus Furcht vor dem roten Gespenst des revolutionären Proletariats mit Ohnmacht geschlagen. Nunmehr wird er von den eisernen Hufen des zügellos dahinsprengenden Imperialismus zermalmt; er wird zur leeren Schale, wird zum ohnmächtigen Anhängel des Militarismus degradiert.

Die Sozialdemokratie hat in fünfzig Jahren vorbildlicher Arbeit aus dem nunmehr steinigten Boden so ziemlich herausgeholt, was an greifbarem materiellem Gewinn für die Arbeiterklasse wie an Klarenaufklärung für sie herauszuholen war. Der jüngste größte Wahlsieg unserer Partei hat jetzt für aller Augen klargemacht, daß eine sozialdemokratische Fraktion von 110 Mann in der Ära der imperialistischen Desorien und der parlamentarischen Impotenz sozialreformerisch wie agitatorisch nicht mehr, sondern weniger herauszuholen imstande ist als früher eine Fraktion von einem Viertel dieser Stärke. Und der heutige Knotenpunkt der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands: das preussische Wahlrecht hat durch seine hoffnungslose Versumpfung alle Ausichten auf eine durch bloßen Druck der Wahlaktionen erzwungene parlamentarische Reform vernichtet. In Preußen wie im Reiche stößt die Sozialdemokratie in ihrer ganzen Macht ohnmächtig an die Schranke, die Lassalle schon im Jahre 1851 in den Worten formulierte: „Nie hat, nie wird eine (gesetzgebende) Versammlung den bestehenden Zustand umstürzen. Alles, was eine Versammlung je getan und gekonnt hat, ist, den draußen bestehenden Zustand proklamieren, den draußen schon vollzogenen Umsturz der Gesellschaft sanktionieren und ihn in seine einzelnen Konsequenzen, Gesetze usw. auszuarbeiten. Aber ewig wird eine solche Versammlung impotent sein, die Gesellschaft selber umzustürzen, die sie vertritt.“ Wir sind aber an einer Entwicklungsstufe angelangt, wo die dringendsten und unabweisbarsten Abwehrforderungen des Proletariats: das allgemeine Wahlrecht in Preußen, die allgemeine Volkswehr im Reich einen tatsächlichen Umsturz der bestehenden preussischen deutschen Klassenverhältnisse bedeuten. Will die Arbeiterklasse heute im Parlament ihre Lebensinteressen durchsetzen, dann muß sie erst „draußen“ den tatsächlichen Umsturz vollziehen. Will sie dem Parlamentarismus wieder politische Fruchtbarkeit verleihen, dann muß sie durch außerparlamentarische Aktionen die Masse selbst auf die politische Bühne führen.

Das letzte Jahrzehnt — mit der Massenstreikresolution in Jena unter dem Eindruck der russischen Revolution, der Straßendemonstrationskampagne im Kampfe um das preussische Wahlrecht vor drei Jahren — zeigt deutlich, daß sich der Übergang von der rein parlamentarischen zur Massenaktion allmählich unbezwingbar Bahn bricht, wenn auch das Bewußtsein der Partei in Deutschland wie anderwärts nur im Ziel und mit wankelmütigen Rückfällen dieser Bahn folgt.

Das fünfzigjährige Jubiläum des Bestehens der deutschen Sozialdemokratie ist eine stolze, siegreiche Vollendung in der Ausführung des politischen Testaments Lassalles. Es ist aber zugleich eine Mahnung an das sozialistische Proletariat, sich dessen voll bewußt zu werden, daß nichts dem Geiste Lassalles mehr widerspräche, als in verrosteter Routine und in

gewohntem Trott an einem taktischen Programm zäh festzuhalten, das bereits vom Laufe der Geschichte überholt worden ist. Lassalles großes schöpferisches Werk bestand darin, daß er zur rechten geschichtlichen Stunde die richtige Aufgabe des Proletariats erkannte und sie mit kühner Tat zu erfüllen gewagt hat. Was ist heute die rechte Fortsetzung des Lassalleschen Werkes? Nicht, daß das deutsche Proletariat an Lassalles politischem Programm festhält, vielmehr daß es die neuen großen Aufgaben der heutigen Situation erkennt und an sie zur rechten Stunde mit kühner Tat herantritt. Dann kann es auch von sich im Geiste Lassalles sagen: Ich hab's gewagt!
R. L u x e m b u r g.

Die zweite Konferenz der Textilarbeiterinnen Schlesiens.

In dem schönen Heim der Breslauer Arbeiterschaft tagte am 20. April die zweite Konferenz der Textilarbeiterinnen des Gaues Schlesien (Riegny). Der Gauleiter Fritsch-Riegny eröffnete die Tagung mit herzlichen Begrüßungsworten an die Delegierten, Genosse Güttler überbrachte die Grüße der Textilarbeiterchaft Breslaus, die Unterzeichnete die des Zentralvorstandes, als dessen Vertreterin sie anwesend war. Genossin Wulff, Parteisekretärin für Schlesien, nahm als Gast an der Konferenz teil. 32 weibliche und 2 männliche Delegierte vertraten 15 Orte, 7 Orte des Gaues hatten keine Delegierten entsendet.

Nach Konstituierung der Konferenz, die von Arbeiterinnen geleitet wurde, erstattete die Unterzeichnete ein Referat über „Ursachen und Wirkungen gewerblicher Frauenarbeit mit besonderer Berücksichtigung der sozialen Ursachen des Geburtenrückganges und des Stillstandes im weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung“. Die Diskussion darüber wurde mit dem Bericht der Delegierten über ihre Tätigkeit in den drei Jahren verbunden, die seit der ersten Konferenz verstrichen sind. Die überaus lebhaft ausgesprochene, an der sich nahezu alle Delegierten beteiligten, und die Art des Berichtens zeigte, daß die organisierten Arbeiterinnen nicht nur nach bestem Können bemüht gewesen sind, Aufklärung unter die indifferenten Arbeitsschwester zu tragen, sondern daß sie auch gelernt haben, sich sachlich und gründlich, frei von Befangenheit über die Betriebsverhältnisse ihrer Heimorte auszusprechen. Ein unverkennbarer Fortschritt. Die Diskussion zeigte ferner, unter wie schlimmen Umständen die Arbeiterinnen immer noch zu leiden haben und wie notwendig gerade die Mitarbeit der Gewerkschafterinnen zur Beseitigung dieser Zustände ist. Aus der sehr umfangreichen Aussprache sei nur das Markanteste herausgegriffen.

In Breslau mußten die Arbeiterinnen eines Betriebs einen zähen Kampf mit dem Unternehmer um Verteilung der unzähligen Ratten führen, die ihnen die Kleider zerfraßen. Statt der Plage durch geeignete Maßnahmen ein Ende zu machen, versprach der Unternehmer für jede erlegte Ratte eine Prämie von 10 Pf. Erst die Kritik der Arbeiterpresse, durch die der Herr sich in seiner Ehre gekränkt fühlte, veranlaßte die Beseitigung des unerhörten Mißstandes. Ein anderer Breslauer Fabrikant verfiel auf ein besonderes Mittel, um das Gift der Aufklärung von seinen Arbeiterinnen fernzuhalten. An den Tagen, an denen der Deutsche Textilarbeiterverband Versammlungen für sie einberief, schickte er sie ins Theater. Der Erfolg seiner Fürsorge war negativ. In Friedland ließ ein Unternehmer gesehwidrig bis 9^{1/2} Uhr abends Überstunden machen, ohne daß die sonst so wachsame Polizei gegen den Unfug Einspruch erhoben hätte. Die Arbeiterinnen wurden dabei mit Abendbrot und Bier traktiert. Als Anzeige erfolgte, erhielt der Unternehmer ganze — 12 Mk. Geldstrafe. In einem Landeshüter Betrieb werden die Arbeiterinnen an den Sonn-

abenden über Mittag eingesperrt, damit sie in dieser Zeit die Maschinen reinigen. Eine Görlitzer Firma hält ihren Betrieb „nur aus reiner Liebe zu der Arbeiterschaft“ aufrecht, damit diese etwas zu essen hat. Die Arbeiterinnen lassen sich jedoch von dieser Menschenfreundlichkeit gar nicht überzeugen, wie die Firma zu ihrem Ärger immer wieder erfährt. In einem Orte bei Görlitz hatte eine Arbeiterin ihre Kinder tagsüber im Kinderheim untergebracht. Während eines Streiks aber wurde ihr eröffnet, als Sozialdemokratin möge sie ihre Kleinen in ein „sozialdemokratisches Kinderheim“ schaffen, die Sozialdemokraten setzten ihre Kinder doch nur in die Welt, damit die besitzende Klasse sie erhalten müsse.

Eine Firma in Grünberg versuchte es, der Arbeiterschaft nicht mehr die Prämien auszuzahlen, die diese seit vielen Jahren bezog und die einen beträchtlichen Teil ihres Lohnes ausmachten, mit dem zur Bestreitung größerer Ausgaben zur Weihnacht gerechnet wurde. Das Unternehmen sollte angeblich nicht mehr so hohe Dividenden abwerfen. Eine Einigung wurde erzielt, bei der die Arbeiter auf einen Teil der Prämie verzichteten. In Grünberg lernen die Arbeiterinnen auch die schweren Leiden kennen, die aus der Bedienung von zwei schweren Tuchwebstühlen erwachsen. Nach der Schilderung einer Delegierten ist es dort einigemal vorgekommen, daß Arbeiterinnen ohnmächtig an den Stühlen zusammengebrochen sind und nach Hause gefahren werden mußten. Einer Arbeiterin sind bei der Arbeit die Krampfadern geplatzt, blutend wurde sie fortgeschafft. Die anstrengende, gesundheitschädigende Arbeit bringt den Arbeiterinnen zudem noch eine wöchentliche Lohneinbuße von 4 Mk. Aus Schweidnitz wurde berichtet, daß dort die Arbeiterinnen ebenfalls bei bestimmter Leistung Prämien erhalten. Eines schönen Tages sollte die geforderte Leistung erhöht werden, so daß die Prämie unerreichbar geworden wäre. Daraufhin legten die Arbeiterinnen die Arbeit nieder, denn sie betrachteten die Prämie mit Recht nicht als eine besondere „Gnade“ und „Wohltat“, vielmehr als einen fauer verdienten Teil ihres Lohnes. Nach einigen Stunden war der alte Zustand wieder hergestellt. Die Firma Fränkel in Neustadt tut sich auf ihre Wohlfahrtseinrichtungen viel zugute, entblödete sich aber nicht, eine Weberin vor dem Gewerbegericht zu verklagen, weil sie die Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist aufgegeben hatte. Der Grund dafür war, daß die Frau bei der Firma nicht mehr so viel verdiente, um sich vor Hunger schützen zu können. Das Gewerbegericht ließ den Buchstaben des Gesetzes triumphieren und verurteilte die arme Arbeiterin zum Schadenersatz an die schmerreiche Firma. In einer Weberei in Langenbielau müssen die Weberinnen von ihren niedrigen Löhnen das Transportieren der Webstücke zahlen. Diese sind so schwer, daß die Arbeiterinnen selbst sie nicht schleppen können. Männer müssen sie in den Lageraum tragen und erhalten pro Stück 5 Pf., die von dem königlichen Wochenverdienst der Arbeiterin von — 7 bis 8 Mk. abgehen.

Gutes berichteten die Delegierten aus Reichenbach und Schweidnitz. Dort sind Diskussionsabende für die Arbeiterinnen eingerichtet worden, die sich eines wachsenden Zuspruchs erfreuen. Scharfe Worte fanden alle Delegierten gegen das Treiben der geschietelten und geschorenen Pfaffen, die durch „Teerabende“ und ähnliche Veranstaltungen zu Nutz und Frommen der ausbeutenden Kapitalisten einen unheilvollen Einfluß auf die Arbeiterinnen ausüben. Sie wirken damit namentlich der ohnehin schwierigen Agitation unter den Bergarbeitertöchtern entgegen, die in Textilbetrieben fronden. Der leider noch immer nicht verschwundene übermäßige Alkoholgenuß wurde seiner verheerenden Wirkungen wegen scharf getadelt. Am häufigsten und stärksten erhoben die delegierten Arbeiterinnen die Forderung nach kürzerer Arbeitszeit. Wie ein Rotfahnenklang es von ihren Lippen, daß die Arbeitszeit viel zu lang sei. „Wenn wir wenigstens den Sonnabendnachmittag frei hätten,“ so hieß es, „um uns unserer Gänzlichkeit zu widmen,

in der wir so viel zu tun haben, daß wir um jede Sonntagsruhe kommen.“ Diese Äußerungen unterstrichen die Gedankengänge und Forderungen des zweiten Referats. Genossin Anjorge-Friedland behandelte in ihm „den freien Sonnabendnachmittag“. Ihre trefflichen Ausführungen fanden wohlverdienten Beifall. Sie betonte besonders, daß die Arbeiterinnen einen großen Teil der Schuld selbst daran tragen, daß sie den dringend notwendigen freien Sonnabendnachmittag noch nicht haben. In ihrem Rückblick über die Tagung erklärte die Unterzeichnete, daß es Aufgabe der Delegierten sein müsse, die beiden Feinde zu besiegen, die dem freien Sonnabendnachmittag entgegenstehen: die noch nicht aufgeklärten Arbeiterinnen und das Unternehmertum. Die Stärkung der Organisation sei Voraussetzung dafür, daß der freie Sonnabendnachmittag errungen werde.

Der Konferenz lag folgender Antrag der Filiale G ö r l i t z vor: „Die Arbeiterinnenkonferenz beschließt, den Zentralvorstand und den Gauvorstand zu ersuchen, die Konferenzen für Arbeiterinnen alljährlich stattfinden zu lassen.“ Beschlossen wurde, daß Arbeiterinnenkonferenzen alle zwei Jahre stattfinden sollen. Der dahingehende Antrag wird der nächsten Gaukonferenz und der Verbandsgeneralversammlung zur weiteren Beschlußfassung überwiesen. Die prächtig verlaufene Konferenz endete nach einigen Worten der Parteisekretärin Genossin Wulff, die zur Mitarbeit bei der Agitation unter den Frauen Schlesiens aufforderte.

Auch diese Tagung hat in überzeugender Weise den Beweis erbracht, welche Fortschritte die organisierten Textilarbeiterinnen seit den ersten Konferenzen im Jahre 1910 gemacht haben. Damals nach Zureden von allen Seiten die schlichten Versuche der Delegierten, über die Verhältnisse in den Betrieben des Heimatorts zu berichten. Jetzt aus den Reihen der Delegierten eine Referentin, die ihre Hörer zu fesseln verstand, und Diskussionsrednerinnen, die frei und eindrucksvoll schilderten, was im Laufe der Zeit geleistet worden ist, und die bei der Berichterstattung über die Arbeitsbedingungen in vorzüglicher Weise das Wichtige von dem Unwichtigen schieben. Der Verlauf der Konferenz zeigte, daß die Arbeiterinnen zur agitatorischen Mitarbeit in hohem Maße befähigt sind, und wie wichtig für die Aufklärungsarbeit unter ihren Berufsgenossinnen die Heranbildung von tätigen weiblichen Gewerkschafterinnen ist. Die Tagung läßt auch weiter erkennen, daß die organisierten Textilarbeiterinnen sich klar darüber sind, daß ihre Mitarbeit für den Ausbau der Organisation bitter not tut. So berechtigt sie zu der frohen Hoffnung, daß die eingetretene gute Entwicklung anhält und daß die Zahl der tätigen Gewerkschafterinnen ständig zunimmt. Auch in Schlesien gibt es allerdings noch Verwaltungsstellen des Textilarbeiterverbandes, wo die Meinung herrscht, Konferenzen für Arbeiterinnen nützen nichts und hätten zu unterbleiben. Allein trotz alledem werden auch in Zukunft Arbeiterinnenkonferenzen ihres hohen erzieherischen Wertes halber abgehalten werden. Für die weitere Entwicklung des Gaues Schlesiens und des Deutschen Textilarbeiterverbandes überhaupt hat der Verlauf der zweiten schlesischen Textilarbeiterinnenkonferenz jedenfalls erfolgsversprechende Aussichten auf die Zukunft eröffnet. Martha Hoppe, Berlin.

Die Rüstungslast.

II.

Die gewaltige Größe der Rüstungslast und ihr reißendes Anwachsen können auch die geschicktesten Klopffechter des Militarismus nicht leugnen. In dem Artikel „Erdrückende Last“ des Genossen J. K. in Nr. 16 dieser Zeitschrift ist das erschreckende Steigen der Ausgaben für Heer und Flotte in den europäischen Militärstaaten durch eine lehrreiche Tabelle belegt, die die betreffenden Zahlen für die Jahrzehnte 1881/90, 1891/1900 und 1901/10 zusammenstellt. Allerdings geben die Riesensummen dieser Zusammenstellung die Be-

lastung der Völker noch viel zu gering an, denn in ihnen sind nur die unmittelbaren Aufwendungen für den Militarismus verrechnet, nicht aber die Zinsen der Anleihen zur Deckung militärischer Ausgaben, ferner nicht die Zuschüsse der Familien an ihre beim Heer stehenden Söhne und der Verlust an brach gelegter und unnütz vergeudeter Arbeitskraft. Die Tabelle zeigt aber immerhin, wie gewaltig die Ausgaben von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gewachsen sind, und zwar am gewaltigsten im letztverflossenen Jahrzehnt. Von 1881 bis 1890 gaben die sechs Großmächte Europas 31,3 Milliarden Mark für ihre Rüstungen aus, von 1890 bis 1900 39,3 Milliarden, von 1901 bis 1910 aber schon 63,6 Milliarden. Das mit 1911 beginnende Jahrzehnt bringt keinen Stillstand des Anschwellens der militärischen Last. 1911 und 1912 verstärkte Deutschland seine Wehrmacht weiter, und mit der großen deutschen Wehrvorlage des Jahres 1913 setzt eine neue ungeheuerliche Steigerung des Rüstungsaufwandes ein. Die deutsche Heeresverstärkung zwingt Frankreich und Rußland zu Gegenrüstungen, und bereits haben auch Italien und Österreich neue Rüstungsvorlagen angekündigt. Der Betrag, der in der Folge zu den bisherigen Ausgaben hinzutritt, läßt sich heute natürlich noch nicht genau angeben. Rechnet man zu den bisherigen jährlichen Ausgaben Deutschlands für Heer und Flotte, die 1912 bereits 1570 Millionen Mark betragen, die nach der neuen Wehrvorlage ab 1913 entstehenden jährlichen Mehrausgaben von 190 Millionen Mark sowie die einmalige Ausgabe von einer Milliarde hinzu, so ergäbe sich für das Jahrzehnt 1911/1920 eine Summe von annähernd 18 Milliarden Mark — vorausgesetzt, daß innerhalb dieses Zeitraums keine weitere Verstärkung der Wehrmacht erfolgt. Im letzten Jahrzehnt betragen nach der oben erwähnten Tabelle die Ausgaben Deutschlands 11 Milliarden 700 Millionen Mark. Es wäre also eine Steigerung von rund 6 Milliarden zu erwarten, und die Summe, die im laufenden Jahrzehnt für den Militarismus verausgabt würde, erreichte fast die Höhe der Ausgaben in den beiden vorhergehenden Jahrzehnten zusammen, die 7,9 und 11,7 Milliarden ausmachten. Nimmt man ein entsprechendes Wachstum für die anderen Großmächte an, so kann man schätzen, daß der Rüstungsaufwand für das laufende Jahrzehnt die europäischen Militärstaaten die ungeheuerliche Summe von annähernd 100 Milliarden Mark kosten wird gegen 63,6 Milliarden Mark im vorhergehenden Jahrzehnt. Und dabei ist diese Schätzung sicherlich noch viel zu niedrig gegriffen. Denn wer wird es für wahrscheinlich halten, daß zum Beispiel die deutsche Flotte in diesem Jahrzehnt nicht weiter verstärkt werden wird. Das widerspricht allen Erfahrungen. Außerdem fehlen bei allen diesen Ansätzen, dies sei hier nochmals betont, die Anleihezinsen, die zum überwiegenden Teil mit aufs Konto des Militarismus gesetzt werden müssen.

Wie schwer der Rüstungsaufwand auf dem deutschen Volke lastet, stellt sich deutlicher als bei der Betrachtung der Summe der Kosten für sich allein bei ihrer Gegenüberstellung mit den Reichsfinanzen überhaupt heraus. Der Haushalt des Reiches für 1912 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2891 Millionen Mark ab. Setzt man die Heeres- und Flottenausgaben für 1912 mit 1570 Millionen an und ergänzt sie um rund 120 Millionen Reichsschuldzinsen, also auf 1690 Millionen, so sehen wir, daß der Militarismus weit mehr als die Hälfte aller Reichseinnahmen frißt. Nun ist aber diese Rechnung noch viel zu günstig. Denn der Reichsetat ist ein Bruttoetat, das heißt es stehen darin große Summen, die nur Durchgangsposten sind, nämlich die Einnahmen aus den Reichsbetrieben, aus der Post und aus den Reichseisenbahnen und aus der Reichsdruckerei. Ihnen stehen die Betriebsausgaben gegenüber. Berücksichtigt man das, so schmilzt die Summe der Reichseinnahmen erheblich zusammen. Die Betriebsausgaben der drei Reichsbetriebe machen nämlich 816 Millionen Mark aus, die Überschüsse in der Reichskasse betragen daher nur 115 Millionen Mark gegen die 931 Millionen Mark Bruttoeinnahmen, die in den Kolonnen des Reichsetats glän-

zen. Rechnet man also die Betriebsausgaben ab, stellt man in den Reichshaushalt nur die wirklichen Einnahmen des Reichs ein, so ermäßigen diese sich auf 2075 Millionen Mark. Und nun sehen wir, daß der Militarismus mit seinen 1690 Millionen mehr als drei Viertel der Reichseinnahmen verschlingt! Stellen wir diesen Zahlen andere Ausgabenposten gegenüber. Preußen, der größte Bundesstaat, wendet für seine Volksschulen im ganzen etwa 400 Millionen Mark auf, wenn man nicht bloß die direkten Staatsausgaben, sondern auch die der Gemeinden rechnet. Eine Berechnung der Volksschulenausgaben für das ganze Reich läßt sich bei der Zersplitterung der Schulgewalt unter den einzelnen Bundesstaaten schwer aufstellen. Eine Schätzung, aufgestellt nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl Preußens zu der des Reichs — 40 Millionen zu rund 65 Millionen — ergibt, daß im Reich etwa 650 Millionen jährlich für das Volksschulwesen ausgegeben werden mögen. 650 Millionen Mark für die Volksschule gegen 1690 Millionen Mark für den Militarismus — ungerechnet die Lasten, die dieser mittelbar verursacht, wie Unterstützung der Soldaten durch die Familien, Entgang an Arbeitsleistung. Die Ausgaben für die Arbeiterversicherung im Reich (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung) betragen 1910 804 Millionen, die Einnahmen 957 Millionen, wovon die Reichskasse 52 Millionen lieferte. Aus Zinsen früherer Beiträge flossen 110 Millionen Mark, die Unternehmer brachten an Jahresbeiträgen 428 und die Arbeiter 366 Millionen Mark auf. Gäßen wir die Rüstungslast nicht zu tragen, so könnte das Reich nicht bloß die gesamte Arbeiterversicherung auf seine Kasse übernehmen, so könnten Arbeiter und Unternehmer nicht bloß von allen Beiträgen befreit werden, es könnten auch die Versicherungsleistungen ohne weiteres verdoppelt werden. Wie notwendig letzteres wäre, das wissen die Arbeiterinvaliden und ihre Hinterbliebenen!

Aber die Verteidiger unserer Rüstungspolitik haben schließlich noch einen süßen Trost für den geplagten deutschen Staatsbürger. Es ist zwar richtig, er wird gehörig geschunden, um die riesigen Ausgaben für Heer und Flotte aufzubringen. Aber es könnte ihm doch noch schlechter gehen! Im Grunde genommen ist sein Los doch noch erträglich. Er mag sich nur einmal ansehen, wie die Bevölkerung anderer Großstaaten durch den Militarismus belastet wird. Ein Vergleich ergibt nach dem Geheimrat Schwarz, der neuerlich im „Tag“ diesen Gegenstand behandelte, daß auf den Kopf der Bevölkerung an Rüstungsausgaben entfallen: in Deutschland 24 Mk., in England aber 32,1 und in Frankreich 31,5 Mk. Nur die unentwickelteren unter den Großmächten, Italien mit 15,3, Österreich mit 11,9 und Rußland mit 9,9 Mk. Rüstungsaufwand auf den Kopf der Bevölkerung bleiben hinter Deutschlands Quote zurück.

Diese beruhigende Berechnung ist schon öfter aufgemacht worden. Sie wird aber durch die Wiederholung nicht beweiskräftiger. Die bloße Gegenüberstellung dieser Zahlen für sich gibt von der Schwere der Belastung der Bevölkerung der einzelnen Staaten kein Bild. Die Schwere des Druckes, den der Militarismus auf den englischen, französischen und deutschen Staatsbürger ausübt, läßt sich erst dann vergleichend ermaßen, wenn das Einkommen des Bürgers in den drei Ländern daneben gestellt wird. Was den Arbeiter anbetrifft, so wissen wir, daß der englische Arbeiter und der französische durchschnittlich höhere Löhne und billigere Lebensmittel haben als der deutsche Arbeiter. Wesentlich ist aber auch die Art und Weise, wie die Steuern verteilt sind, durch die die Ausgaben gedeckt werden. Den englischen Arbeiter kann die Kopfquote der Rüstungslast viel kälter lassen als den deutschen Arbeiter. Denn in England wird ein weit größerer Teil der Staatseinnahmen aus direkten Steuern, aus Einkommen und Erbschaftssteuern aufgebracht; und das Arbeitereinkommen bleibt dort von direkten Steuern fast völlig frei. Geringer beginnt in den deutschen Vaterländern die Einkommensteuer schon bei 900 Mk., ja vielfach schon bei 400 Mk. Jahreseinkommen!

Der englische Arbeiter spürt als Steuerzahler die Rüstungslast nicht halb so schwer wie der deutsche, der die Reichseinnahmen ja fast gänzlich durch indirekte Steuern und Zölle auf die unentbehrlichsten Nahrungs- und Genussmittel aufzubringen hat.

H. B.

Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

I.

Allgemeines.

Wenn wir die Frauen darauf aufmerksam machen, daß es ihre Pflicht ist, sich für Politik zu interessieren, erhalten wir nur zu häufig die Antwort: „Es hat ja keinen Zweck. Wir haben kein volles politisches Recht. Man schließt uns von jeder Beteiligung an der gesetzgeberischen, der parlamentarischen Arbeit aus. Wozu sollen wir Politik treiben?“ Nun ist es allerdings richtig, daß bei uns die Frauen nur in beschränkter Weise die Staatspolitik beeinflussen können. Sie haben kein Wahlrecht. Sie sind nicht wählbar. Bis vor kurzem hat keine große politische Partei außer der Sozialdemokratie den Frauen Zutritt zu ihren Reihen gewährt. Nur zögernd und widerwillig sehen sich jetzt die bürgerlichen Parteien gezwungen, weibliche Mitglieder aufzunehmen. Sie tun es aus Furcht, daß sonst die Frauen ihrer eigenen Kreise sich der Sozialdemokratie anschließen könnten, und betonen bei jeder Gelegenheit, daß dem Weibe die geistige Reife fehle, um Politik zu treiben. Wir können es den bürgerlichen Frauen überlassen, sich mit dieser Rolle der Geduldeten, dieser geringschätzigen Bewertung abzufinden. In der Sozialdemokratie aber, in der die Frau als gleichberechtigte Genossin dem Manne zur Seite steht, ist es Aufgabe der Frauen, zu beweisen, daß sie die nötige Reife besitzen, um sich mit Politik zu beschäftigen. Mit den Männern kämpfen sie um das Recht zur Mitwirkung in den Parlamenten.

Inzwischen ist die Beteiligung an der Gemeindepolitik schon heute uns Frauen erschlossen. Jede Proletarierin sollte sich klar darüber werden, wie ungeheuer wichtig gerade auf diesem Gebiet die Mitarbeit der Frauen ist, besonders die Mitarbeit der proletarischen Frauen. Werden doch da ihre eigensten Interessen ganz unmittelbar berührt. Sogar die der Frau von oben herab vorgeschriebenen drei K „Kinder, Kirche und Küche“ spielen in der Gemeindepolitik eine große Rolle. Die Erziehung der Kinder, ihr Unterricht, die Schulhygiene, Schulspeisung usw. stehen in engem Zusammenhang mit der Gemeindepolitik. Ebenso ist es mit dem Einfluß der Kirche, mit der Einmischung der Konfessionen in Unterricht usw. Und auch für die Küche ist die Gemeindepolitik von Wichtigkeit. Es sei nur darauf verwiesen, daß die Gemeinde Lebensmittelpreise festsetzt und verbilligen kann, daß sie Lebensmittel wohlfeil einzukaufen vermag, die Kontrolle der Produkte ausübt usw. Diese Befugnisse und noch eine ganze Reihe anderer Verhältnisse — wie wir in der Folge sehen werden — machen eine Teilnahme der Frauen an der Gemeindepolitik dringend notwendig. Es liegt in ihrem eigensten Interesse, durch geeignete Vertreterinnen den größtmöglichen Einfluß darauf zu gewinnen. Darum sollen gerade unsere Genossinnen sich mit allem vertraut machen, was mit der Gemeindepolitik zusammenhängt. Notwendig ist ferner, daß sie sich schulen, um selbst auf dem Gebiet der Gemeindepolitik möglichst viel leisten zu können, wenn sie zu den verschiedenen kommunalen Ämtern zugezogen werden. Denn die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde ist offiziell gestattet und nimmt immer mehr zu.

Schon im Jahre 1868, also zu einer Zeit, da die deutsche Frauenbewegung sich noch in ihren Anfängen befand, wurde zum erstenmal die Forderung gestellt, daß Frauen zu kommunalen Ämtern zugelassen werden sollten. Aber diese Forderung stieß auf viel Widerstand, denn Wehrpflicht und politisches Wahlrecht, die beiden Attribute des männlichen Geschlechts, fielen nicht ins Gewicht. Allmählich erst kam

man zu der Einsicht, daß die wirtschaftlichen Leistungen, der Bildungsgrad, die sittlichen Eigenschaften der Frau nicht nur über das Glück der Familien entscheiden, sondern auch für das Wohl der Gemeinde von höchster Bedeutung sind. 1896 wurde die Heranziehung der Frauen zur öffentlichen Armenpflege als dringende Notwendigkeit bezeichnet. Nicht zum geringsten Teil ist es dem eifrigen Eintreten unserer Parteigenossen zu danken, daß immer mehr Gebiete der Gemeindepolitik den Frauen zugänglich gemacht werden. Heute arbeiten in Deutschland schon gegen 12 000 Frauen in den verschiedenen Zweigen der Gemeindeverwaltung. In 79 Städten sitzen Frauen in 120 Kommissionen. Da aber Deutschland 1300 Städte mit über 5000 Einwohnern hat, lassen also 1221 Städte keine Frauen in ihrer Verwaltung mitarbeiten. Nur in 30 von den 48 Großstädten sind Frauen in der Kommune tätig, und zumeist gehören sie bloß einer Kommission an.

Durch ihre Erfahrungen im kleinen Haushalt sind die Frauen gut vorbereitet für die Aufgaben des großen Gemeindehaushaltes. Da aber in diesem Gemeindehaushalt überall die Politik hineinspielt, ist es dringend erforderlich, daß jede Frau es als ihre Pflicht ansieht, sich mit allen Fragen der Politik vertraut zu machen. Damit wird für immer mehr Proletarierinnen die Erkenntnis kommen, daß auch in der Gemeindepolitik die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die jederzeit unbeirrt die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt. Vergleicht man heute die Tätigkeit der Frau in der Gemeindeverwaltung mit der des Mannes, so steht sie, bildlich gesprochen, allerdings noch als Zwergin einem ungeheuren Riesen gegenüber. Überlegt man aber, daß die Frau sich diese Tätigkeit doch erst seit wenigen Jahren erobern konnte, so ist der Erfolg nicht zu unterschätzen. Er muß uns ein Ansporn sein, auf dem beschrittenen Wege unbeirrt weiterzugehen und dahin zu gelangen, daß die Tätigkeit der Frau in der Gemeindeverwaltung immer mehr an Ausdehnung gewinnt.

Leider sind die meisten Ämter, die die Frauen in der Gemeinde einnehmen können, noch ehrenamtlich, das heißt die Frauen werden für die aufgewandte Zeit und Mühe nicht entschädigt. Dadurch ist für die Proletarierinnen die Annahme eines solchen Amtes gewöhnlich mit großen Schwierigkeiten verbunden, wenn nicht unmöglich. Arbeiterinnen sind durch den Posten gezwungen, ihren Hauptberuf aufzugeben oder einzuschränken, und die kleinere Einnahme macht sich natürlich empfindlich bemerkbar. Arbeiterinnen ohne Erwerbstätigkeit können aber oft genug nicht von ihrem Haushalt los, und es ist ihnen unmöglich, häusliche Verpflichtungen durch Fremde gegen Bezahlung verrichten zu lassen. Die ehrenamtliche Tätigkeit bewirkt andererseits, daß Frauen in kommunale Posten kommen, die ihre Arbeit nicht ernst genug nehmen, eben weil diese nicht entschädigt wird. Das ist ein großer Fehler. Gerade weil so viel Vorurteil gegen die Mitarbeit der Frauen herrscht, sollten diese ihren Stolz darin suchen, durch eifrige Pflichterfüllung und vorzügliche Leistungen dieses Vorurteil zu beseitigen. Wenn es vorkommt, daß als Armenpflegerinnen gewählte „Damen“ erklären, sie könnten nicht in die schmutzigen Proletarierviertel gehen, so zeigt sich, daß solche Ämter keiner dieser „Damen“ übertragen werden sollten. Dazu kommt, daß viele Leute eine Arbeit unterschätzen, die umsonst geleistet wird. Auch insofern ist die ehrenamtliche Verwendung von Frauen in Gemeindeämtern nachteilig. Nur wenn Frauen als besoldete weibliche Beamte in der Gemeindeverwaltung angestellt werden, können sie ihren Pflichten in vollem Maße nachkommen. Sie werden sich dann diesem Amte als Hauptberuf zuwenden, ihm ihre ganze Kraft und Zeit widmen können. Das wird ein Ansporn mehr sein, daß die Frauen sich für solche Ämter vorbereiten, und eine größere Leistungsfähigkeit wird nicht ausbleiben. Da, wie gesagt, die Zahl der Ämter und der Umfang der Mitarbeit für die Frauen in der Gemeindeverwaltung von Jahr zu Jahr zu-

nimmt, so ist es von größter Wichtigkeit, daß unsere Genossinnen für die Tätigkeit in der Kommune geschult werden durch Diskussionsabende, Vorträge, Artikel, Berichte von Genossinnen, die schon in der Gemeinde wirken. Dann werden die Vertreter der Sozialdemokratie in den Gemeindeverwaltungen stets eine Anzahl von geeigneten Genossinnen in Vorschlag bringen können, sobald ein Gemeindeamt durch eine Frau besetzt werden soll.

Sie war eine Kämpferin!

An einem Frühlingstage war es, als wir sie durch das rasselnde, brausende, ewig flutende Weltstadtgetriebe hinaus nach dem Friedhof geleiteten. Es war ihr letzter Weg. Ein langer Zug von Freunden und Bekannten — alles Gesinnungsgenossen — folgte dem schlichten Sarge, auf den die milden Strahlen der Lenzsonne fielen. Der Tod war mit tüdischem Griff in unsere Reihen gefahren und hatte gerade sie gepackt, die kaum auf der Mittagshöhe des Lebens stand. So treu und warm hatte ihr Herz für ihre Nächsten geschlagen, im heiligen Feuer der Menschheitsliebe hatte es gelehrt. Nun lag sie kalt und starr im Bretterschrein, frühe geknickt. Schwer hatte sie zu Lebzeiten ums lärgliche Brot ringen müssen.

Sie war eine Proletarierin!

Vom Morgengrauen bis in die sinkende Nacht hinein hatten ihre müden Füße die Maschine getreten. Die Schwindfucht hatte ihr den Mann schon vor Jahren hinweggemäht, so war sie auf sich selbst gestellt gewesen im Kampf ums Dasein. Mit stählerner Kraft hatte sie ihr Tagewerk getan und tapfer und stolz gesorgt und geschafft. Ja, stolz! „Nie habe ich mich vor jemanden geduckt, nie jemanden um Unterstützung angegangen,“ sagte sie oft. Dabei leuchteten ihre hellen, guten Augen so freudig und zufrieden. Und sie hatte nicht nur für sich zu sorgen. O nein!

Sie war eine Mutter!

Ihrem Sarge folgten mit rotgeweinten Augen vier Kinder, zwei Jungen von sechs und fünfzehn und zwei Mädchen von acht und sechzehn Jahren. Liebe blondköpfige Kinder, denen man es ansah, daß eine treuforgende Mutter sie bis dahin gepflegt hatte. Nie sah ich die Kleinen zerrissen oder schmutzig, sauber und nett, so, wie sie jetzt hinter dem Sarge einherschritten, traf ich sie stets in der Behausung oder auf der Straße. Die beiden Ältesten gehörten bereits seit ihrer Entlassung aus der Schule der freien Jugendbewegung an. Denn nicht nur für das körperliche Wohlergehen ihrer Kinder hatte diese tatkräftige Frau gesorgt. Nein, soweit es ihre mangelhafte Schulbildung und ihre ärmlichen Verhältnisse zuließen, hatte sie an den jungen Menschen geformt und gebildet, hatte sie im Sinne ihrer eigenen Weltanschauung erzogen.

Sie war eine Sozialistin!

Mit rührender Liebe und heißem Bemühen hatte sie versucht, sich in ihrer wenigen freien Zeit in die sozialistische Literatur zu versenken, sich mit den Gedanken unserer Besten vertraut zu machen. Oft klagte sie, daß ihr das nicht restlos gelinge und daß sie zuweilen wie vor einer hohen Mauer stehe, über die sie nicht hinwegkomme. Die „Gleichheit“ las sie von Anfang bis zu Ende. An den Tagen, wo eine neue Nummer eintraf, stand sie schon eine Stunde früher auf, um nachzusehen, was „unser Blatt“ brachte. Jehn Jahrgänge standen lückenlos gesammelt auf dem Kleiderspind. „Es ist meine Bibel,“ meinte sie einmal gelegentlich und lächelte, wie um sich zu entschuldigen, daß sie so viel Zeitungen anhäufte. Selbstverständlich las sie das Parteiorgan unserer Stadt mit demselben Eifer. Aus beiden Blättern holte sie sich das Nützliche, um aufklärend unter ihren Klassen- und Leidensgenossinnen zu wirken.

Sie war eine Kämpferin!

Nach schwerem Tagewerk trug sie Flugblätter aus, opferte sie Nachstunden der Werbearbeit. In vielen Versammlungen tauchte ihr blaßes, energisches Gesicht mit dem blonden Scheitel auf, und im Lesabend fehlte sie nie. „Wenn wir auch nicht mehr viel haben werden von den Errungenschaften des Kampfes, so kommt es demaleinst doch unseren Kindern zugute,“ pflegte sie zu sagen. — So haben wir sie gekannt und so wird sie in unserer Erinnerung weiterleben, als leuchtendes Beispiel von Hingebung und Opferwilligkeit — eine stolze, starke, prächtige Proletarierin!

Wie sie hieß? Fragt mich nicht nach ihrem Namen! Sie wollte ungenannt und ungenannt bleiben, wollte nicht mehr sein als eine von den vielen, die ihr Herzblut hingeben für das große Werk der Befreiung ihrer Klasse, der Menschheitsbefreiung! Das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung war ihr Lohn und Vergütung. Sie hat gelitten und gestritten als Proletarierin und Mutter, als Sozialistin und Kämpferin!

Emil Unger, Halensee.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Eine Agitationsreise durch Ostsachsen unternahm die Unterzeichnete im April. Sie sprach zunächst in Oberbach, wo circa 200 Besucher aufmerksam dem Referat folgten: „Die Rüstungstreiber im Jubiläumsjahr und was sagen die proletarischen Frauen dazu?“ Fünfzehn Frauen und elf Männer wurden für die politische Organisation gewonnen. Am nächsten Tage ging es nach Dürrenhennersdorf, wo der Besuch etwas geringer war, aber auch entsprechend Neuaufnahmen gemacht wurden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser beiden Orte scheuen sich noch etwas vor der Organisation, weil sie den Gewaltigen der Gegend, den bekannten Großindustriellen Wülfche fürchten. Obgleich der Referentin der Erfolg unbedeutend erschien, meinten doch die ortsanfässigen Genossen, es sei schon zu begrüßen, daß die dortigen Frauen überhaupt politisch wach würden. In Neugersdorf war die Versammlung größer. Hier hat unsere Partei bereits eine feste Position, wie die Wahlkämpfe bewiesen haben. Trotzdem ist die Reaktion dort noch recht stark. Welches Mäntelchen sie trägt, das läßt der Satz erkennen, der über dem neuerbauten Schulhaus prangt: „Glauben und Tugend, das Höchste der Jugend!“ Die Referentin empfahl dagegen den Neugersdorfern als das Höchstzuerstrebende für ihre Kinder Gesundheit und Lebensmut. In dem herrlich gelegenen Oppach wurden in der gut besuchten Versammlung fünfzehn neue Mitglieder gewonnen. Dreißig Textilarbeiterinnen traten der Partei in Weigsdorf bei Kunwalde bei, wo die Referentin eine Festrede bei einer Gewerkschaftsfeier hielt. Im Löbauer Bezirk hatte die Aufklärungsarbeit Erfolg. Dem „Sächsischen Postillon“ waren die Vorträge der Unterzeichneten auf die Nerven gefallen. Er hatte gegen uns mobil gemacht. Trotzdem nahmen wir in Löbau selbst 24 neue Mitglieder auf. Auch in Lauba bei Löbau war der Besuch ein recht reger und ganz besonders in Herwigsdorf, wo mehr als 300 Männer und Frauen anwesend waren. Dort war auch der Schulmeister Werner erschienen, bewaffnet mit einer dicken Aktenmappe, die mit Zitaten aus den „Sozialistischen Monatsheften“ gespickt war, die der gute Mann offenbar gewissenhaft aufgestapelt hat. Wir ließen diesem Gegner volle ¼ Stunden Zeit, um uns zu vernichten. Er vermochte aber nicht, die Darlegungen des Vortrags zu erschüttern, und so wurde ihm mitsamt seinen Gewährsmännern und Gewährsfrauen im Schlusswort gründlich heimgeleuchtet. Der Biedere flüchtete dann an den treuen Busen des „Sächsischen Postillon“, an dem er sich schluchzend auslachte, dabei das unmöglichste Zeug zusammenphantasierend. In Sohland und Wilthen war der Besuch der Versammlung schwach. Die dortigen armseligen Scheuertuchweber und Scheuertuchweberinnen, die noch auf Handstühlen arbeiten, sind so abgestumpft in ihrem Glend, daß sie sich vermutlich nur ganz langsam zum Zusammenschluß aufstufen werden.

Im 8. Wahlkreis ließ leider die Vorarbeit sehr zu wünschen übrig, ohne die ein Erfolg unmöglich und die oft wichtiger ist als das Referat selbst. In Sebnitz waren kaum 50 Personen zur Stelle, und das läßt sich nicht allein mit dem Daniederliegen der Industrie künstlicher Blumen erklären, wenn es auch zu einem schlechten Besuch beigetragen haben mag. In diesem Bezirk hat die vorbereitende Hand gefehlt. Das war noch stärker in Kopitz, Pirna gegenüber, zu verspüren. Keine Plakate, keine Handzettel, keine gute Annonce — nur ein ungewöhnliches Sammelreferat —, vor allen Dingen gar keine Hilfe von Genossinnen. Die Versammlungen in Kopitz ließen sich leicht vorbereiten. Es ist von Pirna nur durch eine Brücke getrennt, über die die meisten Arbeiter abends und morgens strömen. In der „Pirnaer Volkszeitung“ tauchten die Berichte über die von der Referentin abgehaltenen Versammlungen überhaupt nicht auf, und vielleicht dachten deshalb unsere Genossen und Genossinnen, es lohne sich nicht, den Vortrag zu hören. Eine Feuersbrunst, die gerade vor Beginn der Versammlung in Pirna ausbrach, kann auch nicht als Entschuldigung angezogen werden. Die ungeschminkte Darlegung des erhaltenen Eindrucks wird hoffentlich dazu beitragen, daß die Dinge im Bezirk sich bessern. Die Versammlung in Großhartmannsdorf war nicht übermäßig besucht, aber trotzdem verspürte man wieder den Hauch des Schaffenwollens. In Klein-Zschachwitz vor Dresden war die Veranstaltung gut besucht. In dem 1. Wahlkreis gab es in Großschönau eine sehr gut besuchte Versammlung, in Leutersdorf und Reichenau war der Besuch schwächer, dagegen in Bittel vor Bittau recht gut. Eine ziemliche Anzahl Aufnahmen wurden an den vier Orten gemacht. Im allgemeinen war die Referentin von dem Stand der Frauenorganisation in Ostsachsen keineswegs befriedigt. Hier, wo die Frauen härter als

in anderen deutschen Gegenden fronden müssen, steht unserer Arbeit noch ein weites Feld offen. Abgesehen von den Großstädten, deren Frauenbewegung die Referentin nicht zu beurteilen Gelegenheit fand, scheinen die ostsächsischen Proletarierinnen noch ziemlich gleichgültig beiseite zu stehen. Verschiedentlich wurde erzählt, daß auch die Gesamtbewegung in manchen Orten stagniere. Um so notwendiger ist es, daß alle Kräfte angespannt werden, um die Sache der Partei unter Männern und Frauen zu fördern. Die Sache der Partei ist ja die der Enterbten, die ans Licht treten müssen.

R. Ruben.

Die Mairfeier in Chemnitz erhielt dieses Jahr ihr Gepräge durch die starke Beteiligung der Frauen an dem Demonstrationzug der Klassenbewußten Arbeiterschaft. In dem wundervollen Maienmorgen bot sich in den Straßen ein ganz anderes Bild als sonst an Sonn- und Festtagen. Schon vor 8 Uhr früh sah man überall festlich gekleidete Menschen geschmückt mit einer roten Rose den verschiedenen Versammlungsorten zufließen, um von dort gemeinsam nach dem Sammelplatz an der Planitzstraße zu wandern. Von da begann um 11 Uhr der Abmarsch der Demonstranten in geschlossenem Zuge nach dem anderthalb Stunden entfernten Lunapark in Altendorf, wo von drei Rednertribünen unsere Mairforderungen begründet wurden. Über 40 000 Menschen gingen im Zuge. Viele Tausende bildeten Spalier. Keine bürgerliche Veranstaltung hatte je so viel Männer, Frauen und Kinder als Teilnehmer und Zuschauer. Die Sonne schickte zwar glühende Strahlen herab, doch ein „Raillüsterl“ milderte die drückende Hitze. Damit die Zugteilnehmer nicht allzusehr durch Staub belästigt wurden, hatte die städtische Straßenverwaltung sämtliche Straßen besonders besprengen lassen, die durch den Zug berührt wurden. Im Zuge befanden sich über dreißig Musikchöre. Einen prächtigen Anblick boten die vielen Banner, von denen einzelne sehr schwere wie die der sozialdemokratischen Partei des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises, der Buchdrucker, Textil- und Metallarbeiter je in einem zweispännigen Wagen gefahren wurden. Sehr groß war die Zahl der Frauen und Mädchen im Zuge. Vorn im Zuge allein marschierten reichlich 1000 organisierte Proletarierinnen, und außerdem waren Frauen bei allen Gruppen, bei den Radfahrern, den Bezirksvereinen, Transportarbeitern, Textilarbeitern, Buchbindern usw. Recht wirksam war die Demonstration der Textilarbeiterinnen. Gegen 200 von ihnen waren in weißen Kleidern erschienen. Ihnen vortan schritten zwölf Arbeiterschwestern gleichfalls in weiß, mit breiten roten Schärpen, barhäuptig, mit leuchtenden roten Bändern im Haar; sie trugen ein Transparent mit der Aufschrift: Wir fordern den Achtstundentag, wir fordern den freien Sonnabendnachmittag. Gerade diese Gruppe machte den stärksten Eindruck auf die Zuschauer. Interessant war überhaupt die Wirkung, die unser Zug auf die Bevölkerung ausübte. Während aus den einen Fenstern den Demonstranten Blumen zugeworfen wurden, glockten aus anderen Spießer mit großen erschrockenen Augen auf die Menschenmassen herab, die es wagten, offenkundig ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Wir Frauen können in Chemnitz mit Stolz auf diese wohlgelungene Demonstration zurückblicken.

Helene Wagner.

Fahresbericht über die proletarische Frauenbewegung im sechsten sächsischen Wahlkreis. Die anhaltende Teuerung, die ständige Kriegsgefahr und das wahnwitzige Wettrüsten mit seinen schlimmen Begleitererscheinungen für die arbeitende Klasse haben schon die Augen mancher Arbeiterfrau und manchem proletarischen Mädchen geöffnet, die bisher unserer Bewegung noch gleichgültig gegenüberstanden. Die harte Lehrmeisterin Erfahrung hat ihnen gezeigt, daß auch sie teilnehmen müssen am proletarischen Kampf, um die Arbeiterklasse aus Nacht und Glend zu befreien. Immer größer und größer ist die Zahl unserer Anhängerinnen geworden. Schon in den früheren Jahren konnten wir aus dem sechsten Wahlkreis berichten, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder zunahm, aber noch nie war die Ernte unserer Agitation unter den Frauen so reich wie in dem verfloffenen Tätigkeitsjahr, das überdies nur neun Monate umfaßt. Die planmäßige Aufklärungsarbeit hat den Beweis geliefert, daß auch die Frau für die politische Organisation zu gewinnen ist. Von 1898 ist die Zahl der weiblichen Mitglieder auf 2610 gestiegen, also um 712. Zum erstenmal sind für die Organisation mehr weibliche als männliche Mitglieder gewonnen worden.

Wenn wir einen so starken Zuwachs an Kämpferinnen buchen können, so ist das unstrittig mit ein Erfolg der 22 Versammlungen, in denen Genossin Böhl-Berlin referiert hat. Sie verstand es, in schlichten Worten den Frauen die Notwendigkeit des politischen Kampfes und der politischen Kampforganisation zu schildern. So sind denn auch in diesen Versammlungen allein

335 Genossinnen in die Partei aufgenommen worden. Von dieser Agitation abgesehen, fanden noch 4 öffentliche Frauenversammlungen statt, die sich durchweg eines guten Besuches erfreuten. Der Frauentag wurde durch 3 Versammlungen begangen, zu denen aus allen Bezirken und Orten die Frauen und Mädchen zahlreich zusammengeströmt waren, um gemeinsam für ihre vollen Staatsbürgerrechte zu demonstrieren. Aus den leuchtenden Augen der Versammlungsteilnehmerinnen war Begeisterung und Ernst zu lesen. Die Volks- und Mitgliederversammlungen weisen eine andere Zusammenziehung auf, seitdem in steigendem Maße die Frauen daran teilnehmen. Das ist der beste Beweis, daß die Frau aus der Interesslosigkeit erwacht, und daß sie sich mehr und mehr um die Vorkommnisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet kümmert.

Im Anschluß an die Versammlungen der Genossin Köhl wurde für den ganzen Kreis eine Hausagitation vorbereitet. Um sie recht wirksam zu machen, hat der Kreisvorstand 5700 Exemplare der prächtigen Broschüre von Luise Zieh angeschafft: „Bist du eine der Unserigen?“ Sie wird allen Frauen zugestellt, von denen angenommen werden kann, daß sie für unsere Organisation zu gewinnen sind. Einige Genossinnen suchen die Betreffenden auf, um sie zum Beitritt zur Organisation zu bewegen. In 4 von den 21 Bezirken haben die Genossinnen diese Hausagitation schon mit großem Eifer und gutem Erfolg durchgeführt; in 10 Bezirken soll sie in allernächster Zeit vorgenommen werden. Wir hoffen, daß die Ergebnisse den Arbeitsmut der tätigen Genossinnen stärken. Zwar hielten einige Bezirke die Hausagitation für nutzlos, doch wird die Erfahrung sie gewiß von deren Wert überzeugen. Anfang Dezember fand eine Bezirkskonferenz der Frauen statt, zu der Vertreterinnen und Vertreter der ersten neun sächsischen Wahlkreise delegiert waren. Der sechste Kreis hatte fünf Genossinnen entsendet. Genossin Zieh referierte über das Thema: „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für die politische Betätigung?“ Die wertvollen Anregungen des Vortrags — insbesondere für die Agitation — haben wir schon mit gutem Erfolg in die Praxis übertragen.

Um die Frauen mit den Forderungen und Zielen der Sozialdemokratie immer vertrauter zu machen, werden in den einzelnen Bezirken Diskussionsabende abgehalten. In der Berichtszeit fanden insgesamt 74 solcher Diskussionsabende statt mit 37 Vorträgen und 29 Vorlesungen, außerdem sind achtmal gestellte Fragen beantwortet und diskutiert worden. Die Abende waren im allgemeinen gut besucht. Die niedrigste Besucherzahl betrug 14, die höchste 101. In 7 Bezirken finden die Diskussionsabende allmonatlich, in 2 Bezirken alle 3 Wochen und in 3 nach verschiedenen Zwischenzeiten statt. Um die Frauen, die den Ernst des Lebens schwer genug zu verspüren bekommen, auf einige Stunden von den Alltagsorgen abzulenken, wurden vier Unterhaltungsabende mit Rezitationen, Wanderabende und eine Weihnachtssfeier veranstaltet. Auch die Bezirke, in deren Bereich zurzeit noch keine Diskussionsabende stattfinden, werden sich wohl durch das stete Wachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder veranlaßt fühlen, solche einzuführen. Wie sehr diese Einrichtung unserer Bewegung zugute kommt, das zeigt deutlich der neugegründete 18. Bezirk. In ihm sind nicht nur die Diskussionsabende sehr gut besucht, in ihm steigt auch beständig die Zahl der weiblichen Mitglieder, und die Genossinnen stellen einen besonders hohen Anteil der Versammlungsbesucher.

Wie in früheren Jahren, muß auch in diesem Jahre wieder der Wunsch ausgesprochen werden, daß man in die Bezirksverwaltungen zum wenigsten eine Genossin entsendet, damit die Genossinnen hier ihre Wünsche vortragen können. Leider haben bisher sieben Bezirke dieser Notwendigkeit noch keine Rechnung getragen. Trotz aller Schwierigkeiten ließen sich wohl auch in ihnen bei einigermaßen gutem Willen geeignete Genossinnen finden. Feststellen kann ich in diesem Zusammenhang, daß alle Genossinnen, die in den Bezirksverwaltungen, in der Kinderbeschulungskommission oder sonstwie tätig waren, ihre Pflicht mit großem Eifer und Verständnis erfüllten. Stets waren sie zur Stelle, wenn es Arbeit für die Partei gab, und sie haben sie freudig geleistet. Ich will noch bemerken, daß Anfang des neuen Geschäftsjahres auch der von den Genossinnen längst ersehnte Fortbildungskursus beginnt. Die Teilnehmerinnen werden durch ihn gewiß ein gutes Stück vorwärts kommen und das Gelernte nutzbringend für die Partei verwerten. Wir brauchen aber auch der Kräfte gar viele. Jedes Jahr stellt uns vor neue Aufgaben, und das zwingt uns, immer mehr Kräfte heranzuziehen und zu schulen. Wenn wir die große Zahl der Arbeiterfrauen und der erwerbstätigen Frauen und Mädchen betrachten und sie ver-

gleichen mit der Zahl unserer weiblichen Parteimitglieder, dann sehen wir, welche Riesearbeit noch vor uns liegt. Darum wollen wir auch im neuen Arbeitsjahr für unsere Bewegung das Beste hergeben. Wenn alle Genossinnen in diesem Sinne mithelfen, dann können auch im neuen Jahre die Erfolge nicht ausbleiben.

Hedwig Kurt.

Die Kreis-Frauenversammlung des sechsten sächsischen Kreises fand Mitte April statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung referierte Genossin Gradnauer über „Die Kämpfe der Gegenwart und die Frauen“. Die Rednerin hatte ihrem vortrefflichen Vortrag das Kaiserwort vorangestellt: „Herrlichen Tagen führe ich euch entgegen“. Gerade die Frauen der Arbeiterklasse spüren am stärksten die „herrlichen Tage“, in denen wir leben. Wie schwer haben sie doch als Hausfrau und Mutter und als Arbeiterin in unserer heutigen Wirtschaftsordnung zu leiden. Die neue Militärforderung und die noch immer anhaltende Teuerung berühren ganz besonders die Interessen der Frauen. Auch sie müssen die Frage aufwerfen: Wie schützen wir uns gegen die Vermehrung unserer Lasten? Die einzige Antwort ist: Durch Zusammenschluß in den Kampforganisationen des Proletariats. Um aber in den Reihen der Klassenbewußten Arbeiterschaft mit Erfolg mitwirken zu können, bedarf es des Verständnisses für die Vorgänge des öffentlichen Lebens. Das hierzu erforderliche Wissen zu erwerben, ermöglichen die Diskussionsabende, die Redakteure der „Gleichheit“ und der Frauenbeilage der „Dresdener Volkszeitung“. Reicher Beifall lohnte die ausgezeichneten Ausführungen. Darauf wurden die Berichte für den Kreis und die einzelnen Bezirke erstattet. In der sich anschließenden lebhaften Debatte wurde manche wertvolle Anregung gegeben. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl der unterzeichneten Vertrauensperson und ihrer Stellvertreterin. Mit der Aufforderung, auch im neuen Geschäftsjahr alle Kräfte einzusetzen, um die Bewegung zu fördern, wurde die Tagung geschlossen.

Hedwig Kurt.

Politische Rundschau.

Der erste Akt der preussischen Landtagswahlen, die Wahlmännerwahlen, hat am 16. Mai stattgefunden. Der preussische Wähler wird nicht nur entrechtet durch das Dreiklassenunrecht — von der Minderheit der Bevorrechteten abgesehen —, er wird auch noch entmündigt durch das indirekte Wahlsystem. Nicht er darf den Abgeordneten wählen, sondern dies tun erst die von ihm gewählten Mittelspersonen, die Wahlmänner. Insofern die Parteien respektieren nicht den Unsinn des indirekten Wahlsystems, sondern stellen ihre Kandidaten schon zu Beginn des Wahlkampfes auf und verpflichten die Wahlmänner auf diese. Daher läßt sich bis auf wenige Fälle, in denen die Entscheidung auf des Messers Schneide steht, schon aus den Ergebnissen der Wahlmännerwahlen das der Abgeordnetenwahlen erkennen. Und so konnte man denn am 17. Mai bereits feststellen, was übrigens bei dem niederträchtigen Wahlsystem jeder schon vorher wußte, daß die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses keine wesentliche Änderung erfährt. Einige kleine Verschiebungen des Verhältnisses zwischen Konservativen, Zentrum und Liberalen mögen eintreten, aber sie werden nicht von Belang sein. Die Nationalliberalen werden anscheinend ein paar Mandate gewinnen, die sie zum Teil dem Wahlabkommen mit den Fortschrittler verbänden, während diese vermutlich die Geprellten bei dem Kaufhandel sind. Denn selbst wenn sie zwei gefährdete Berliner Wahlkreise, den 10. und den 12., in den Wahlmännerbeziehungsweise Abgeordnetenstichwahlen noch einmal gegen die Sozialdemokratie behaupten sollten, so würden sie voraussichtlich doch mit Verlust abschließen. Es wäre die verdiente Strafe für ihr Bündnis mit den Nationalliberalen, durch das sie ihre Wahlrechtsforderung schmählich verraten haben. Die Konservativen werden bestenfalls ein paar Mandate verlieren, vielleicht auch das Zentrum. Aber durch diese Verluste wird nichts an der Sachlage geändert, daß die Junker mit dem Zentrum oder mit den Nationalliberalen jederzeit eine ihnen genehme Mehrheit bilden können — die erstere vornehmlich für Kirchen- und Schulreaktion, die zweite mehr für Unterdrückungsmahregeln gegen Sozialdemokraten und die Arbeiter überhaupt, sowie gegen Polen und Dänen. Westehen bleibt auch die Tatsache, daß das neue Dreiklassenhaus sich ebensowenig wie das verfloßene freiwillig zu einer wirklichen Wahlreform entschließen wird. Die Reaktion hat wieder fünf Jahre gesicherter Herrschaft vor sich — wenn es allein aus preussische Parlament ankommt, wenn die Sozialdemokratie nicht die Arbeiterklasse zu einem energischen außerparlamentarischen Sturm nach belgischem Muster auf die preussische Junkerburg führen kann.

Die Sozialdemokratie hat den Feldzug unter der Losung des Wahlrechtskampfes geführt. Die Abstimmung sollte in erster Linie ein eindrucksvoller Protest, sollte der Urteilspruch der entrechteten proletarischen Wähler gegen das elendeste aller Wahlsysteme sein. Die Wahl sollte eine Heerschau der dreitklassigen Wähler sein, um durch das Mißverhältnis der Wählerzahl zur Zahl der Mandate die ganze Ungeheuerlichkeit des Dreiklassenystems der Öffentlichkeit schlagend vor Augen zu führen und die Empörung gegen diese Lüge eines Wahlrechtes kräftig anzufachen. Die Eroberung von Mandaten stand weit im Hintergrund. Denn daß unter dem Geldsachwahlrecht auch bei den größten Anstrengungen für die Sozialdemokratie an Parlamentarischen nicht viel zu holen ist, das liegt allzu klar auf der Hand. Die sozialdemokratische Fraktion im Dreiklassenhaus wird unter diesem Wahlrecht stets nur ein kleiner vorgeschobener Posten sein können, und für die Erfüllung seiner Aufgaben verspricht es nicht viel, ob er um ein paar Köpfe stärker oder schwächer ist. Natürlich ist eine Verstärkung der kleinen Schar erfreulich, der tapferen Sechse, die im verflochtenen Abgeordnetenhaus den parlamentarischen Kampf gegen die Vertreter der besitzenden Klassen mit so viel Mut geführt haben. Jede Mandateroberung unter diesem Wahlrecht, die siegreiche Überwindung seiner Wollgruben, Fußangeln und Stacheldrahtzäune darf mit Stolz verzeichnet werden als Beweis der Kraft der organisierten Arbeiterklasse. Unsere preußischen Genossen haben nicht nur die bisherigen sechs Sitze, fünf in Berlin, einen in Linden-Hannover, mit meist erheblich gestiegenen Mehrheiten behauptet, sie haben auch das Mandat für den Berliner Vorortkreis Neukölln-Schöneberg erobert. Ferner sind sie im 10. und im 12. Berliner Kreise dem Fortschritt bedrohlich nah auf die Haden gerückt. In den Provinzen ist die Sozialdemokratie in etwa zehn Kreisen in die Stichwahl gelangt. Und wenn die Ausichten hier bei dem engen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien und angesichts der jämmerlichen Gesinnung des Fortschritts doch nicht allzu vielversprechend sind, so ist doch schon die Tatsache, daß die Sozialdemokratie trotz aller Ungunst der Verhältnisse so weit vordringen konnte, ein hoch anzuschlagender Erfolg.

Höher jedoch anzuschlagen ist das starke Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Noch fehlen darüber einigermaßen genaue Angaben, aber der Vormarsch der Partei in Berlin wie in der Provinz, die Steigerung der Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner zeigt klar, daß hier ein großer Erfolg erzielt worden ist. Die Sozialdemokratie hat trotz aller Hindernisse, unter denen die geringe Aussicht auf Mandateroberungen nicht das kleinste ist, Massen gegen das Wahlrecht auf die Beine gebracht. Das Bewußtsein der Dreiklassenmach ist dank ihrer unermüdblichen Arbeit tief ins Proletariat gedrungen. Willig brachten die Arbeiter die persönlichen Opfer an Zeit und Lohn, die die Beteiligung an dem verzwickten, schier auf Abschredung der Wähler berechneten Wahlverfahren bedingt, tapfer verachteten sie die Gefahr, die das Bekenntnis zur Sozialdemokratie bei der öffentlichen Abstimmung für viele von ihnen bedeutet. Auf diesen Erfolg kann die preußische Sozialdemokratie mit Stolz blicken. Und die Genossen des außerpreußischen Deutschland werden ihnen Dank wissen. Ist doch der Kampf gegen die reaktionäre Feste in Preußen auch ein Kampf gegen die Reaktion in ganz Deutschland. Freilich ist sie im Wahlgelände nie zu erobern. Aber der Wahlkampf ist die Vorbereitung und Einleitung zu dem eigentlichen Kampfe, den die Arbeiterklasse gegen das preußische Dreiklassenrecht wird führen müssen und dessen Schlachten nicht am Wahlstisch geschlagen werden. Die Aufrüttelung der entrechteten Wählermassen ist ein Schritt zur Formierung des Heeres, das schließlich in günstiger Stunde die Kraft der Arbeiterklasse als Trägerin der Produktion in die Wagschale des preußischen Wahlrechtskampfes werfen wird.

Am ersten Pfingstfeiertag trat in Bern eine deutsch-französische Verständigungskonferenz zusammen. Der weitere Ausbau der militärischen Rüstungen, den Deutschland und Frankreich zurzeit vornehmen, hatte schweizerische Volksvertreter, sozialdemokratische und bürgerliche, veranlaßt, die Abgeordneten des deutschen Reichstags und der französischen Kammer und des Senats zu einer Konferenz auf neutralem Schweizer Boden einzuladen. In ihr sollte versucht werden, durch gemeinsame Aussprache zwischen den Vertretern der beiden Völker eine Verständigung anzubahnen, die dem Wettrüsten Einhalt tun könnte. Die Einladung hatte einen gewissen Erfolg — namentlich aus Frankreich folgte ihr eine nicht unerhebliche Anzahl bürgerlicher Abgeordneter. Allerdings gehörten sie fast ausschließlich, von ein paar Vertretern der bürgerlichen Friedensbewegung abgesehen, der bürgerlichen Linken an. Daneben war natürlich die französische Sozialdemokratie stark vertreten, ebenso wie die deutsche. Ginge-

sch es mit der Vertretung der bürgerlichen Parteien Deutschlands sehr mager aus. Es hatte sich neben einigen Vertretern des elsass-lothringischen Landtags lediglich eine Handvoll fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter eingefunden. Zwei angemeldete Zentrumsabgeordnete blieben schließlich stillschweigend fort, und die national-liberale Fraktion war so ehrlich, sich mit einem Sympathieschreiben zu begnügen. Die Franzosen waren daher in einer starken Mehrheit, und sie haben der Konferenz durch ihr leidenschaftlich-begeisterter Verhalten den äußeren Aufpuß gegeben. Es hat an gutgemeinten und schönen Reden und namentlich auch an lauten Beifallskundgebungen nicht gefehlt, und in der Verständigungsresolution wurde das Wettrüsten einstimmig verurteilt. Das praktische Ergebnis der Verhandlungen war die Einsetzung eines ständigen französisch-deutschen Verständigungskomitees. Eine gewisse dekorative und auch moralische Wirkung läßt sich der Konferenz nicht absprechen in dieser Zeit der Ausbrüche des Chauvinismus. Die Beteiligung aus bürgerlichen Kreisen zeigt, daß das Drückende der Rüstungskast auch in ihnen gespürt wird und daß der Wunsch nach Verständigung vorhanden ist. Nur darf darüber nicht vergessen werden, daß die bürgerlichen Parlamentarier ihre platonische Liebe für die Verständigung noch nie in Taten umgesetzt haben, weil sie sich mit der starken nationalistischen und imperialistischen Strömung im Bürgertum nicht in Widerspruch zu setzen wagen. Die politisch maßgebende fortschrittliche Presse Deutschlands hat gleich nach der Konferenz erklärt, daß die fortschrittlichen Abgeordneten, die in Bern der Resolution gegen das Wettrüsten zugestimmt haben, das mit dem Bewußtsein taten, daß es sich um fromme Wünsche handle; keiner von ihnen werde etwa mit Rücksicht auf Bern gegen die Wehrvorlage stimmen. Und nicht einer der fortschrittlichen Abgeordneten, die zu Bern waren, hat gegen diese Auslassungen Einspruch erhoben. Es wäre deshalb verfehlt, wenn man der Konferenz größere Bedeutung beilegen wollte, wenn die Sozialdemokratie sich unter dem Eindruck des äußeren Verlaufes der Kundgebung der Illusion hingeben würde, es könne der Arbeiterklasse aus dem Bürgertum noch eine ernsthafte Unterstützung in ihrem Kampfe gegen den Militarismus erwachsen. Daran ist im Zeitalter des Imperialismus nicht zu denken. Die inneren Gesetze der kapitalistischen Entwicklung wirken sich aus. Der Imperialismus ist eine notwendige Folge des Ausbreitungsbedürfnisses des Kapitalismus, und diese Ausbreitungsbestrebungen müssen notwendig zu kriegerischer Politik und zu gigantischen Rüstungen führen. Und gegen die gebieterischen Bedürfnisse des Kapitalismus kann sich auf die Dauer keine bürgerliche Partei stemmen. Die Arbeiterklasse muß sich darüber im klaren sein, daß sie im Kampfe gegen Krieg und Rüstungen schließlich stets auf die eigene Kraft angewiesen sein wird.

Auf der Balkanhalbinsel ist jetzt der Frieden nahegerückt. Allerdings ist er noch nicht völlig gesichert, da der Streit um die Beute zwischen den Verbündeten noch sehr scharf und heftig tobt. Mehrfach ist es schon zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Truppen der Balkanstaaten gekommen. Doch ist zu erwarten, daß die Gefahr eines Krieges zwischen den Verbündeten schließlich durch Vermittlung beseitigt werden wird. Österreich-Ungarn und Italien haben, da keines dem anderen traut, zunächst auf eine Expedition nach Albanien verzichtet.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein schreckliches Unglück ist der deutschen Arbeiterschaft passiert: in Zukunft werden wohl keine Vertreter der Reichsregierung mehr Arbeiterkongresse durch ihre Anwesenheit zieren. Schade, daß damit das schöne Einbernehmen gestört ist, das ja von jeher zwischen Arbeiterschaft und Regierung geherrscht hat! Die Schuld daran tragen aber nicht etwa die roten Gewerkschaften, sondern einzig und allein sanfte blaue Organisationen. Auf dem Verbandsstag der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine waren zwei leibhaftige Regierungsvertreter erschienen, der eine vom Staatssekretär des Innern, der andere vom Reichsversicherungsamt entsandt. Anfangs war alles eitel Harmonie. Der eine Regierungsvertreter erklärte: „Die Gewerksvereine verdienen und erfahren die Beachtung der Reichsregierung, weil sie die bestehende Staats- und Wirtschaftsordnung anerkennen.“ Und der Sendbote des Reichsversicherungsamtes besobte die „taktvolle und zweckentsprechende Vertretung“ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine vor dem Reichsversicherungsamt. Wie übel lohnte aber der Verbandssekretär Gleich auf dieses väterliche Wohlwollen der Regierung! In einem Vortrag über das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern fand er treffliche Worte der Kritik an den ungeheuerlichen Rechtszuständen im deutschen Vater-

land. Sofort erhob sich der Vertreter des Staatssekretärs zu folgender Erklärung:

„Ich habe zwar am Anfang der Sitzung erklärt, nicht in die Debatte eingreifen zu wollen. Ich sehe mich aber nach diesem Referat gezwungen, von meinem Vorhaben abzustehen, da die Angriffe des Referenten das Maß des Erlaubten überschritten haben. Ich muß Verwahrung einlegen gegen die Behauptung, daß 1. in Deutschland ein Faustrecht herrscht an Stelle eines Arbeitsrechts, 2. daß bei Streiks Polizei und Militär aufgeboten werden, um die Unternehmer zu schützen, 3. daß die Regierung nichts täte zum Wohle der Arbeiterschaft, weil sie sich von den Unternehmern beeinflussen ließe. Ich darf die Erwartung aussprechen, daß der Vorsitzende diese Ausführungen des Referenten scharf rügen wird. Andernfalls müßte ich darauf verzichten, den Verhandlungen weiter beizuwohnen, und ich müßte meinem Herrn Chef (dem Staatssekretär des Innern) berichten, daß eine fernere Entsendung von Vertretern der Regierung nicht angezeigt sei.“

Und da der Vorsitzende Ehrgefühl genug hatte, entgegen dem Willen des Herrn Geheimrat dem Referenten keine Mühe zu erweisen, stolzierten die beiden Vertreter der Regierung zum Saal hinaus. Sie achteten nicht der devoten Bemühungen des Herrn Goldschmidt, der auf dem Bauch rutschte, um ihre Gunst wieder zu erlangen. War er doch sogar bereit, für sich persönlich die Erklärung abzugeben, daß er mit den Äußerungen Gleichfalls nicht einverstanden sei. — Der Herr Geheimrat hat durchaus im Sinne seines Amtes und im Geiste der deutschen Bürokratie gehandelt, als er sich auf einer Tagung als Zensor aufspielte, zu der er als Gast erschienen war. Werden Regierungsvertreter etwa zu solchen Veranstaltungen gesandt, um zu lernen, um instände zu sein, ihre Vorgesetzten zu informieren? Freilich, was weiß denn der Herr Geheimrat davon, ob in Deutschland nicht das Faustrecht an Stelle eines Arbeitsrechts herrscht! Oder wagte er vielleicht unter Eid zu bestreiten, daß bei Streiks Polizei und Militär aufgeboten werden, um die Unternehmer zu schützen; vermöchte er zu leugnen, daß die Regierung auf sozialpolitischem Gebiet der Kalai der Unternehmer ist? Das sind doch so offenkundige Tatsachen, daß sie in Preußen-Deutschland die Späßen von den Dächern pfeifen. Da hätte der Herr Geheimrat gar nicht zu den Hirsch-Dunderschen gehen brauchen, um diese Tatsachen zu vernehmen. Der erste beste Arbeiter auf der Straße hätte ihn darüber aufklären können. Aber wie gesagt: war es denn die Aufgabe des Regierungsvertreters, seinem Herrn Chef darüber zu berichten, welche Anschauungen selbst in den Kreisen der Hirsch-Dunderschen über die Rechtszustände in Deutschland herrschen? Nein, er war auf der Tagung erschienen, um für die Regierung von Arbeitervertretern das Lob einzustreichen, daß sie in der Sozialreform an der Spitze aller Staaten schreite; er war entsandt, um durch seine Anwesenheit das Märchen von der väterlichen Fürsorge der Regierung für die Arbeiter zu illustrieren, die über den Klassen steht. Und diese schöne Rolle wurde durch die „Laktlosigkeit“ des Verhandlungssekretärs versaut. Allerdings, ob Regierungsvertreter auch den Mut haben, demonstrativ den Saal zu verlassen, wenn auf einer Tagung der Scharfmacher, Agrarier oder alldeutschen Kriegsheber der Regierung die Leuten gelesen werden, weil sie keine Zuchthausgesetze zustande bringe, die Volksauszehrung nicht wirksamer betreibe und ohnmächtig dem Ausland gegenüber die gepanzerte Faust in der Tasche halte? Fällt den Herren gar nicht ein. Nur der geknechtete Staatsbürger, der Arbeiter hat sich in Lobhudeleien auf unsere gottgewollte Ordnung im allgemeinen und die preußisch-deutsche Regierungsweisheit im besonderen zu ergehen. Die deutschen Zentralverbände haben die üble Sitte längst abgeschafft, an Regierungsvertreter besondere Einladungen zu ihren Tagungen ergehen zu lassen. Die Regierungen sind nicht zu bitten, auf solchen Kongressen zu erscheinen, sondern sie haben die Verpflichtung, zum Zwecke der Information auf ihnen vertreten zu sein. Und nicht die Regierungsvertreter schreiben den Ton vor, in dem dabei geredet werden muß, sondern sie sind nur geduldete Zuhörer.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe hat nun nach Umschiffung vieler Fährnisse ihr vorläufiges Ende erreicht. Den Unparteiischen blieb die Fällung von Schiedsprüchen für eine größere Anzahl von Orten vorbehalten, die in lokalen Verhandlungen zu keiner Einigung gelangt waren. Auf den Verbandstagen der Zimmerer und der Bauarbeiter (Maurer und Bauhilfsarbeiter) wurden sehr viele berechtigte Einwendungen gegen die Entscheidungen der Unparteiischen erhoben. Nach langen Debatten aber nahm man die Schiedsprüche an. Die Bauunternehmer dagegen machten ihre Zustimmung von einigen Wenn und Aber abhängig. Schon schien es, als ob die ganze mühsam zustande gekommene Einigung in die Brüche gehen sollte und ein Kampf

wie im Jahre 1910 entbrennen würde. Doch einer Deputation der Bauarbeiter gelang es schließlich, die Unternehmer zu einigem Nachgeben zu bewegen. Ob ein sicherer Friede durch diesen mit Ach und Krach zustande gebrachten Vertrag gewährleistet ist, kann man billig bezweifeln. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in dem übrigens die niedrigsten Lohnzulagen zugestanden wurden, laufen die Unternehmer gegen die Schiedsprüche Sturm.

Die Aussperrung im Malergewerbe wird von den Scharfmachern nur noch künstlich am Leben erhalten. Ein Versuch der Unparteiischen scheiterte, neue Verhandlungen durch Einsetzung eines Schiedsgerichtes in Gang zu bringen. Sie hatten verlangt, daß die Entscheidungen dieses Schiedsgerichtes für beide Organisationen bindend sein sollten. Eine solche Bindung haben sowohl die Arbeiterorganisation wie die Unternehmerorganisation abgelehnt.

Der Streik der polnischen Bergarbeiter in Oberschlesien ist jäh zusammengebrochen. Taktisch ungeschickt, wie der Streik eingeleitet wurde, ist er auch geführt und beendet worden. Auf eigene Faust, ohne ausreichende Mittel war die polnische Organisation vorgegangen. Durch starke Worte suchten die Führer die Mitglieder über die schwachen organisatorischen Kräfte zu täuschen. Durch Worte wird aber am allerleichten der starke Feind zum Nachgeben gezwungen, der den Arbeitern im Bergbau gegenübersteht. Die Streikunterstützung war gar zu mager und die Leitung des Kampfes gänzlich planlos. Trotz alledem haben die polnischen Bergflaven tapfer die Fahne des Ausstandes hochgehalten. Jedoch bei der Ausichtslosigkeit des Kampfes war ein längeres Fortführen des Streiks völlig verfehlt. Die Führer aber proklamierten nicht in offener, ehrlicher Form den Abbruch des Ausstandes, sie forderten nicht einmal durch Rundschreiben dazu auf, sondern sie flohen das Streikrevier und überließen die Massen ihrem Schicksal. Sie fürchteten wohl mit gutem Grunde die Empörung der Arbeiter. Wer je in seinem Leben eine große Streikniederlage miterlebt hat, weiß, daß in solchem Augenblick die niedergeschlagenen Arbeiter am meisten der Stütze und Hilfe der Organisation bedürfen. Dann gerade hat der Führer seinen Mann zu stellen. Zu Führern, die nach verlorener Schlacht das Hasenpanier ergreifen, kann die Masse kein Vertrauen haben. Die Grubenbesitzer aber fühlen jetzt ihr Mütchen an den armen, niedergelungenen Ausständigen. Kontraktbruchstrafen werden rücksichtslos abgezogen, und die Bergleute, die wieder eingestellt werden, gelten als Neuangelegte, wodurch sie mancherlei Rechte verlieren wie Deputatlohn u. a. So feiert die Mache der ober-schlesischen Herrenmenschen gegen die Bergflaven Orgien. Schließlich muß aber gerade dieser Kampf und seine Folgeerscheinungen in die polnischen Schädel die Erkenntnis hämmern, daß das Heil der Proletarier nicht im Rationalitäten-, sondern im Klassenkampf liegt.

In der Glasindustrie des bayerischen Ischeltgebirges haben die Unternehmer eine Aussperrung vollzogen. Die Lebenslage der Glasperlenmacher ist unfähig elend. Der Durchschnittslohn eines Perlenarbeiters beträgt 750 Mk. jährlich, Frauen und Kinder müssen durch Aufziehen der Perlen zum Erwerb beitragen. Außerdem wird die Arbeiterschaft noch durch das Trucksystem ausgebeutet: die Unternehmer unterhalten Krämerläden, in denen die Arbeiter die ganze Woche hindurch Waren gegen Kredit entnehmen. Am Lohnntag zieht der Unternehmer dann den Betrag für die entnommenen Waren ab. So werden die dortigen Proletarier doppelt geschunden, als Arbeiter und als Konsumenten, und sie bekommen fast nie bares Geld in die Hand, wodurch sie von ihren Ausbeutern noch abhängiger werden. Alle Beschwerden gegen das Trucksystem sind bisher vergebens gewesen. Als die Arbeiter nun eine geringe Lohnzulage verlangten, verfügten die Unternehmer als Antwort auf diese Forderung die Aussperrung.

Aufgehoben wurde der Boykott über die Bichorienfabrik Scheuer in Fürth, von dem wir in letzter Nummer berichteten. Die Firma hat den Arbeitern und Arbeiterinnen annehmbare Lohnerhöhungen gewährt und eine Arbeitszeitverkürzung zugestanden.

Nach Wachenart hausten Streikbrecher in Solingen-Wald. In Wald streifen die Arbeiter einer Gießerei. Der Unternehmer ließ sich eine Sendung Arbeitswilliger kommen, und mit Revolvern und Schlagringen ausgerüstet, wurden diese auf die Bevölkerung losgelassen. Nachdem sie sich durch Vertilgung ungeheurer Mengen Alkohol in die richtige Kampfstimmung versetzt hatten, rempelten die Streikbrecher auf der Straße Passanten an. Als es infolge dieses rüden Betragens zu Menschenansammlungen kam, schossen sie in die Masse hinein und demolierten Fensterscheiben und eine Wirtschaft. Die Polizei, die gegen jeden ruhigen Streikposten schneidig vorzugehen weiß, ist diesen ihren Schülern gegenüber machtlos. #

Aus der Holzarbeiterbewegung. Die Arbeitslosigkeit in der deutschen Holzindustrie hat in diesem Frühjahr ganz ungewöhnlichen Umfang angenommen. Meldeten doch für den letzten Tag des Monats April die berichtenden Zahlstellen bei einem Mitgliederstand von rund 190 700 zusammen 8825 am Ort und 346 auf der Reise befindliche arbeitslose Mitglieder. Das sind 4,63 Prozent sämtlicher Mitglieder, ein Prozentsatz, der um die gleiche Jahreszeit seit dem Krisenjahr 1908 nicht wieder erreicht wurde. Aber auch die Vormonate seit November 1912 übertreffen durch den Prozentsatz der Arbeitslosen die Vorjahre mit Ausnahme des Jahres 1908, das ähnliche Ziffern aufwies. Diese starke Arbeitslosigkeit ist zu einem großen Teil die mittelbare Folge des Balkankriegs und der durch ihn heraufbeschworenen Kriegsgefahr für Europa. Die Anspannung des Geldmarktes durch den Krieg, die Abhebung von Bargeldern von Banken und Sparkassen infolge der Kriegsfurcht, wie zum anderen die ständige Ungewißheit über die kommenden Dinge wirken eben lähmend auf die Unternehmungs- und die Kaufkraft. Auch wurden bestimmte Exportindustrien durch den Krieg unmittelbar in ihrer Tätigkeit unterbunden. Stark wirkt auf die Holzindustrie das durch die gleichen Ursachen bedingte Daniederliegen des Baumgewerbes ein. Besonders kraß tritt natürlich die Arbeitslosigkeit in den Großstädten in Erscheinung, die häufig schon in gewöhnlichen Zeiten von Arbeitsuchenden überlaufen sind. Jetzt besteht dort für den Zureisenden gar keine Hoffnung auf Erwerbsofferten. So waren zum Beispiel am 9. Mai am Berliner paritätischen Arbeitsnachweis als arbeitslos eingetragen: 894 Bau- und 1663 Möbelfischer, 290 Maschinenarbeiter, 464 Polierer, 73 Drechsler und 815 sonstige Holzarbeiter. Zu diesen kommen noch etwa 300 Angehörige anderer Zweige, die den eigenen Nachweis des Verbandes benutzen. Von den gut 29 000 Mitgliedern der Zahlstelle Berlin waren also etwa 3500 ohne Arbeit. Und das zu Beginn des Sommers! Andere Großstädte waren zwar etwas besser gestellt, immerhin wiesen auch sie ungewöhnlich hohe Arbeitslosenziffern auf. So hatten Hamburg 740, Dresden 420, Leipzig 340, München 340, Stuttgart 200, Bremen 190, Hannover 190 Arbeitslose; das kleine Halle wies deren 75, Posen 60, Breslau 165 auf. Es steht ja zu hoffen, daß mit dem Verschwinden der Kriegsgefahr auch in der Holzindustrie allmählich wieder normale Erwerbsverhältnisse eintreten. Doch wird es besonders in den Großstädten noch langer Zeit bedürfen, ehe sie dem Zurückgehenden wieder Aussicht auf Arbeitsgelegenheit bieten. Diese wird in ihnen selbst in ruhigen Zeiten durch die ständige Abwanderung der Industrie auf das Land wenig vielsprechend bleiben.

In der Nürnberger Pinselindustrie haben am 10. Mai die rund 1700 Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt — die weiblichen Arbeitskräfte machen weit über die Hälfte aller Beschäftigten aus. Die Einstellung der Arbeit erfolgte darauf bereits in der Woche nach Pfingsten. Heraufbeschworen wurde dieser Streik dadurch, daß die Fabrikanten sich weigerten, auf die eingereichten Forderungen der Arbeiterschaft einigermaßen annehmbare Zugeständnisse zu machen. Doch sind bereits wieder neue Verhandlungen eingeleitet. Die Nürnberger Pinselabriken sind wohl die bedeutendsten in Deutschland. Sie waren in den letzten Jahren meist recht gut beschäftigt und sind dies auch jetzt noch, so daß ihre Besitzer große Gewinne einstrichen. Der größte Betrieb hat eine Filialfabrik in Schopfloch in Bayern, deren Arbeiterschaft ebenfalls an der jetzigen Lohnbewegung beteiligt ist.

Der Deutsche Textilarbeiterverband im Jahre 1912. Von einer Hochkonjunktur, wie sie in den Zahlen für die Gesamtvolkswirtschaft zum Ausdruck kommt, kann in der Textilindustrie im Jahre 1912 nicht gesprochen werden. Wie an dem Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens in den Jahren 1898 bis 1900 die Textilindustrie nur ganz kurze Zeit — an ihrem Ende — teilnahm, so scheint das auch wieder der Fall zu sein in der mit dem Jahre 1909 einsetzenden Prosperitätsperiode. Die Berichte, die allmonatlich von den Ortsverwaltungen des Verbandes über den Grad der Beschäftigung und, soweit das den Arbeitern möglich ist, über den Geschäftsgang dem Vorstand erstattet werden, lassen keinen Zweifel darüber, daß mit Ausnahme der Spinnereien, Wirkereien, Jute-, Seide- und Samtbetriebe die Lage des Textilgewerbes im Jahre 1912 recht viel zu wünschen übrig ließ. Aus allen diesen Berichten ist klar ersichtlich, daß der Arbeitsmarkt für die Textilarbeiterschaft sehr ungünstig war. Der Druck der Krise hat gewiß nachgelassen, aber noch immer standen zahlreiche Maschinen still. Von einer lückenlosen starken Inanspruchnahme der vorhandenen Arbeitskräfte wie etwa in den Jahren 1906 und 1907 kann in keinem der großen Zweige unserer Industrie die Rede sein. Die Ende des Jahres 1911 allgemein festzustellende Besserung des Beschäftigungsgrads hielt nicht an. Sehr bald machten sich wieder Schwankungen der Geschäftslage bemerkbar. Die Baumwoll-

und Kammgarnspinnereien freilich sind von diesen Schwankungen nicht berührt worden, sie haben unter der Krise überhaupt am wenigsten gelitten. Diese Spinnereien sind bei weitem nicht imstande, den deutschen Garnbedarf zu decken. Es müssen alljährlich für viele Millionen Baumwollgarne hauptsächlich aus England eingeführt werden; ebenso bezieht Deutschland etwa 20 Prozent seiner Wollgarne vom Ausland. Aus diesen Tatsachen ergibt sich die fortdauernd gute Beschäftigung bei den Spinnereien. Desgleichen waren einige andere Zweige, die Jute-, Samt- und Seidefabriken, stark beschäftigt.

Der ungehinderten Entfaltung des Textilgewerbes wirkt vor allem die sich immer mehr verschärfende **L e u e r u n g** entgegen. Die Textilindustrie ist in der Hauptsache auf den Massenkonsum angewiesen; Arbeiter, Handwerker, Bauern kaufen ihre Massenartikel. Ist die Kaufkraft dieser Schichten geschwächt, so wird der Absatz von Textilerzeugnissen erschwert. Verminderter Absatz führt aber zu einer Einschränkung der Produktion. Das Jahr 1912 war nun ein Jahr hochgeschraubter Lebensmittelpreise. Die kleinen Leute, also die Hauptabnehmer für die Erzeugnisse der großen Zweige der Textilindustrie, waren trotz aller Einschränkungen im Verbrauch von besseren Lebensmitteln genötigt, einen größeren Teil ihres Einkommens für Ernährung der Familie auszugeben. Da die Einnahmen nicht entsprechend den gesteigerten Ausgaben stiegen, unterblieben die an sich notwendigen Käufe von Textilfabrikaten. Diese ungünstige Lage des Gewerbes ist bei der Beurteilung der Ergebnisse der Tätigkeit des Verbandes im vergangenen Jahre im Auge zu behalten. Der Deutsche Textilarbeiterverband zählte am 31. Dezember 1911 82 981 männliche, 48 445 weibliche, zusammen 131 426 Mitglieder, am 31. Dezember 1912 87 884 männliche, 54 750 weibliche, zusammen 142 634 Mitglieder. Die Zunahme an Mitgliedern beträgt mithin 11 208 oder 8,5 Prozent, und zwar beträgt die der männlichen 4903 oder 5,9 Prozent und die der weiblichen Mitglieder 6305 oder 13,0 Prozent. Die Arbeiterinnenbewegung schreitet ständig vorwärts. Das beweisen die steigenden Zahlen unserer weiblichen Mitglieder, die nicht nur verhältnismäßig, sondern auch absolut stärker als die männlichen zugenommen haben. Dieser Aufschwung ist zu einem beträchtlichen Teil der Tätigkeit von Textilproletarierinnen selbst zu verdanken, die, durch die Arbeiterinnenkonferenzen und Diskussionsabende geweckt und zur Mitarbeit geschult, sich selbstlos und aufopfernd an allen Agitationsarbeiten beteiligten. Besonders ist es die Hausagitation, der sich die Arbeiterinnen immer mehr zuwenden. Daß diese Agitationsart den Arbeiterinnen besonders zusagt und daß sie sehr ergiebig ist, beweisen die überraschenden Erfolge, die an verschiedenen Orten erzielt wurden.

Die **E i n n a h m e n** und **A u s g a b e n** des Verbandes schließen mit je 4 186 028 Mk. ab. Am 1. Januar 1912 war ein Kassenbestand von 1 464 263 Mk. vorhanden, am 31. Dezember 1912 ein solcher von 1 694 047 Mk. Die bedeutenderen Ausgabenposten des Verbandes zeigen folgendes Bild:

	1912	1911
Krankenunterstützung	300 448 Mk.	352 809 Mk.
Arbeitslosenunterstützung	141 631 "	152 918 "
Sterbeunterstützung	17 221 "	14 847 "
Reiseunterstützung	41 426 "	37 357 "
Streikunterstützung	708 065 "	397 352 "
Gemäßregelunterstützung	48 277 "	42 155 "
Amzugsunterstützung	13 784 "	9 819 "
Notunterstützung	10 203 "	9 929 "
Rechtschutz	11 024 "	10 309 "

Die starke Steigerung der Streikunterstützung beweist, daß der Kampf um wirtschaftliche Besserstellung, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Berichtsjahr lebhafter denn je geführt worden ist. Das Jahr 1911 brachte der Organisation 259 Bewegungen in 963 Betrieben mit 70 622 Beteiligten, dagegen waren im Jahre 1912 328 Bewegungen in 766 Betrieben mit 73 896 Beteiligten zu verzeichnen. Der Verlauf der Bewegungen war wesentlich günstiger als im Vorjahr. Insgesamt wurde bei diesen Bewegungen durchgeführt für 16 651 Personen 49 760 Stunden Arbeitszeitverkürzung in der Woche gleich 2 488 000 Stunden im Jahre und für 36 558 Personen 43 179 Mk. Lohnerhöhung in der Woche gleich 2 158 950 Mk. im Jahre. Außerdem wurden für 3910 Personen bessere Bezahlung der Überzeitarbeit und für 22 731 Personen sonstige Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses erreicht sowie Verschlechterungen abgewehrt. Tarife wurden 18 für 2230 Personen abgeschlossen.

Im Vorjahr sind von den Mitgliedern an Beiträgen 2 174 814 Mark geleistet worden. Nimmt man diesen Betrag als verbindend-

Kapital für das Jahr 1912, dann ist er fast reiflos den Mitgliedern in Form von Lohnerhöhungen wieder zugeflossen. Gleich wertvoll für die Textilarbeiter ist die errungene Arbeitszeitverkürzung. Dazu kommen noch rund 1 300 000 Mk. an die Mitglieder gewährte Unterstützungen. Trotzdem werden sich auch in diesem Jahre wieder bezahlte Federn finden, die sich abmühen, den Textilarbeitern nachzuweisen, daß ihnen die Organisation gar nichts nützen kann und daß die Mitgliedsbeiträge hinausgeworfenes Geld sind. An den angeführten Zahlen scheitern solche Verdrehungsversuche. Geringer glauben wir, so manche Lohnforderung könnte heute schon ohne weiteres mit den Mitteln bestritten werden, die viele Textilunternehmer dem „glorreichen Reichsverband“ und seinen Sekretären zuführen. Das Gold, das für diese vermeintlichen „Organisationsvernichter“ ausgegeben wird, trägt keinerlei Zinsen. So ansehnlich die Erfolge des Textilarbeiterverbandes sind, sie können der Notlage des Textilproletariats noch lange nicht gerecht werden. Freilich, stärkeren Fortschritten stand, wie gesagt, die ungünstige Konjunktur des Gewerbes im Wege. Aber so bedeutsam die Gunst der Wirtschaftslage für den Aufstieg der Textilarbeiter ist, nicht minder wichtig ist die Selbsthilfe des Proletariats, die unablässige Aufklärungsarbeit unter den bisher der Organisation noch fernstehenden Arbeiterschichten, namentlich unter den Frauen. Je stärker der Verband wächst, um so größer werden seine Erfolge sein.

Genossenschaftliche Rundschau.

Der Konsumverein Vorwärts in Dresden und die mit ihm seit kurzem vereinigten anderen zwei Dresdener Konsumvereine können in diesem Jahre das Jubiläum des fünf- und zwanzigjährigen Bestehens feiern. Es liegen Gründe genug vor, dieses Anstandes besonders zu gedenken. Die Gründung und Entwicklung der vereinigten Konsumvereine Dresdens ist mustergültig für die Arbeiterkonsumvereinsbewegung Deutschlands. Am 8. Juni 1888 wurde der Vorwärts in das Handelsregister eingetragen. Er ist neben dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz der erste, der von Proletariern ins Leben gerufen und von ihnen von Anfang an und ohne Unterbrechung nach modernen Grundsätzen und proletarischen Anschauungen geleitet worden ist. Da die Gründer des Vereins bekannte Sozialdemokraten waren — Genosse Wurm-Verlin war sein erster Geschäftsführer —, so ergab sich in der sozialistengesellschaftlichen Zeit von selbst, daß das Unternehmen als ein sozialdemokratisches angesehen und behandelt wurde. So kam es auch, daß bürgerliche Elemente merklich von der jungen Genossenschaft abrückten. Aber auch die Partei wollte zu jener Zeit noch nichts von Konsumgenossenschaften wissen, so daß die wenigen Genossen, die sich um das Unternehmen bemühten, einen schweren Stand hatten. Versammlungs- und Verkaufsstelle suchten die Gegner dem im Entstehen begriffenen Verein abzutreiben und was der Schwierigkeiten mehr waren. Ganz klein mußte angefangen werden. In der konstituierenden Versammlung meldeten sich 75 Personen als Mitglieder. Man prophezeite der Gründung den baldigen Zusammenbruch. Es ist anders gekommen! Die Entwicklung ist in den 25 Jahren stets vorwärts gegangen: der Name hat mit Ehren bestanden. Aus den 75 Mitgliedern sind 60 000 geworden, aus der einen Verkaufsstelle 117! Und der Umsatz wird in diesem Geschäftsjahr nahe an die 24 Millionen Mark betragen. Der Verein beschäftigt zurzeit 1092 Personen, er hat zwei große Bäckereien und drei moderne Geschäftshäuser. So können jene Genossen mit Stolz auf das Werk blicken, zu dem sie den Grundstein legten. Es fehlt hier der Raum, den Aufstieg der Dresdener Konsumvereine eingehender zu schildern. Das wird in einer Festschrift geschehen, die alle Mitglieder erhalten. Besonders Interesse beansprucht die Entwicklung in der neueren Zeit, weil sie lehrreich auch für andere Orte werden kann.

Bis zum 30. Juni 1912 bestanden in Dresden vier Konsumvereine: außer dem Vorwärts die Konsumvereine für Löbtau, Striesen und Pieschen. Alle vier Genossenschaften waren große Vereine mit Millionenumsätzen, als sich drei von ihnen an dem eben genannten Zeitpunkt zu einem verschmolzen — der Pieschener Konsumverein hat sich dem großen Ganzen noch nicht angeschlossen. Sie griffen mit ihrem Geschäftsbetrieb weit über das Reichbild der Stadt Dresden hinaus. Nach allen Richtungen waren bereits Verkaufsstellen in vielen Orten errichtet, so daß jeder einzelne der vier Vereine schon für sich einen „Bezirkskonsumverein“ im kleineren oder größeren Maßstab darstellte. Besonders der Vorwärts hatte sich räumlich gewaltig entwickelt. In Dresden griffen die Gebiete der einzelnen Vereine vielfach

ineinander über, so daß gewisse Grenzstreitigkeiten bei der Errichtung neuer Verkaufsstellen nicht weiter verwunderlich waren. Die früheren selbständigen Gemeinden Löbtau, Pieschen, Striesen und andere mehr waren seit der Gründung der vier Vereine infolge ihrer riesigen Entwicklung und des Wachstums der Stadt selbst eng aneinander gerückt und schließlich in das Stadtgebiet einverleibt worden. Diese Entwicklung konnte natürlich nicht ohne Einfluß auf die Konsumvereine und ihre inneren Verhältnisse bleiben. Die dadurch zwischen den einzelnen Vereinen entstehenden Streitigkeiten suchte man zwar durch ein Übereinkommen zu beseitigen oder doch zu mildern. Eine endgültige Lösung der mancherlei Schwierigkeiten, die dieser Zustand im Gefolge hatte, konnte das jedoch nicht sein. Schon im Jahre 1903 setzten infolgedessen Verschmelzungsbestrebungen ein. Die Lagerhalter ergriffen die Initiative, worauf das Gewerkschaftskartell sich der Sache annahm. Zunächst ohne Erfolg. Einige Jahre ruhte die Angelegenheit ganz. Das Verständnis für den Wert und die Bedeutung der Vereinigung hatte jedoch inzwischen weiter Wurzel gefaßt. Im Jahre 1911 führten weitere Bemühungen zu positiven Beschlüssen in den Generalversammlungen der Vereine, und im vorigen Jahre wurde die Verschmelzung zur Tat. Sie war formell ein recht schwieriges Werk, das aber ohne besondere Zwischenfälle erledigt wurde. Am 1. Juli werden wieder zwei Vereine aus der Dresdener Umgebung sich dem Vorwärts anschließen und ihm weitere 5000 Mitglieder zuführen. Nunmehr ist der Vorwärts einer der größten Konsumvereine der Welt! Wir geben oben bereits einige Zahlen an.

Die Bedeutung des Vorwärts liegt besonders in seiner räumlichen Ausdehnung. Die 117 Verkaufsstellen gruppieren sich strahlenförmig um die Zentrale in Dresden, von der die äußersten weit entfernt liegen. Die beiden äußersten Punkte sind 95 Eisenbahnkilometer voneinander entfernt. Im einzelnen liegen die weitesten Orte 25 bis 55 Bahnkilometer von Dresden entfernt. Bis an die böhmische Grenze und bis ins Erzgebirge hinein, bis in die Ebene von Großenhain reicht der mächtige Dresdener Arbeiterkonsumverein! Er umfaßt nicht weniger als 51 Ortschaften, die in 7 verschiedenen Amtshauptmannschaften liegen. Darunter befinden sich außer Dresden noch 11 Städte, deren Einwohnerzahl zwischen 1741 und 36 237 schwankt. Insgesamt zählen die 51 Orte, in denen sich Verkaufsstellen befinden, 768 063 Einwohner. Aus 9 einzelnen Vereinen, die sich früher in diesem Gebiet befanden, ist nun die eine große Genossenschaft geworden! Die Hälfte der Verkaufsstellen, nämlich 58 von den 117, befindet sich in Dresden.

Eine derartige Riesengenossenschaft erfordert selbstverständlich nicht nur einen umfassenden geschäftlichen Apparat, sondern auch in der äußeren Organisation benötigt sie besonderer Einrichtungen. Vor allem auch, um die notwendige Verbindung zwischen Mitgliedern und Verwaltung aufrechtzuerhalten. Je größer ein Konsumverein ist, desto schwieriger wird das. Und es ist nötig, Organe zu schaffen, die ein kleiner Verein nicht braucht. Zu dem Zwecke wurde der Mitglieder-ausschuß ins Leben gerufen. Er ist sozusagen das vermittelnde Hilfsorgan zwischen Verwaltung und Generalversammlung. Er kann und soll der Gesamtverwaltung in der Durchführung gewisser Beschlüsse und der Geschäftserledigung behilflich sein; er hat aber auch das Recht, Vorschläge zu machen, Anregungen zu geben, und ist so imstande, der Genossenschaft wertvolle Dienste zu leisten. Beschlusrecht ist ihm allerdings nicht eingeräumt, darauf kommt es aber auch weniger an. Gute, nützliche und durchführbare Vorschläge wird die Gesamtverwaltung stets ernsthaft zu prüfen haben, wenn sie nicht Vorwürfe und Kritiken der Generalversammlung gewärtigen will.

Der Zufall will es, daß das fünfundsundzwanzigjährige Bestehen des Vorwärts zusammenfällt mit dem zehnjährigen des Zentralverbandes, der in Dresden 1903 gegründet wurde und seinen zehnten Genossenschaftstag wieder in Dresden, und zwar Mitte Juni, abhält.

Die Reihe der privaten Versicherungsgesellschaften gegen die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge geht weiter. Man bedient sich dabei nicht gerade lauterer Mittel. So weist die „Ibuna“, eine Privatversicherungsgesellschaft, die auch an der gegen die Volksfürsorge gerichteten Gründung beteiligt ist, in „Mitteilungen“ ihre Vertreter an, die Volksfürsorge von hinten herum zu verächtigen und zu bekämpfen, und zwar auf eine solche Weise, daß sie für ihr Vorgehen nicht zur Verantwortung gezogen werden können. In der Partei- und Gewerkschaftspresse ist diese Kampfweise gebührend an den Pranger gestellt worden. — Der Deutschnationale Handlungs-

gehilfenverband macht seine Mitglieder in einem als „vertraulich“ bezeichneten Zirkular ebenfalls gegen die Volksfürsorge mobil. Dabei wird die Frage einer eigenen derartigen Gründung aufgeworfen, denn mit den großen, aber „jüdischen“ Privatgesellschaften will der echt deutsche, antisemitische Verband der Proletarier in Stehfragen und Manschetten nichts zu tun haben. So wird das Spiel, das die Konsumvereine und Gewerkschaften unter den Gegnern angerichtet haben, immer verworrenere. Die Gewerkschafts- und Konsumvereinsmitglieder mögen daraus erkennen, wie wichtig das eigene Werk der Volksfürsorge ist, das sie in Angriff genommen haben. Sie dürfen nicht auf den Leim der Vertreter von Privatgesellschaften kriechen, die gerade jetzt in Arbeiterwohnungen ihr Heil versuchen und auf den Abonnentenfänger gehen werden. Besonders die Frauen, an die sich ja die Agenten mit Vorliebe wenden, sollen auf der Hut sein.

Auf dem Parteitag der preußischen National-Liberalen wurde wieder einmal gegen die Konsumvereine scharf gemacht. Die Herren können es in dieser Beziehung bald mit den verbohrtesten Mittelständlern aufnehmen. In einer Resolution werden gesetzliche Maßnahmen gegen „die Auswüchse der Warenhäuser und Konsumvereine“ gefordert. Der Unfimt solcher Forderung ergibt sich schon aus der Gleichstellung von Warenhäusern und Konsumvereinen. Echte „Liberale“ alteriert das aber nicht weiter.

H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Das Amt der ersten und der zweiten Vorsitzenden des Verbandes der Hausangestellten ist zu besetzen. Im Vorstand des Verbandes der Hausangestellten Deutschlands hat die Vorsitzende, Genossin Vaar, ihre Kündigung zum 1. Juli d. J. eingereicht. Die Stellung wird gleichzeitig mit der vom vorjährigen Verbandstag beschlossenen Anstellung einer zweiten Vorsitzenden in der nächsten Nummer des Verbandsorgans ausgeschrieben. Die beiden Posten sollen möglichst sofort, spätestens am 1. Juli d. J. besetzt werden.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die Erwerbung des Bürgerrechts der Vereinigten Staaten durch eingewanderte Frauen suchen die Genossinnen planmäßig zu fördern. Das Frauenkomitee der Sozialistischen Partei von New York hat soeben ein Naturalisationsbureau eröffnet, dessen Aufgabe es ist, im Ausland geborene Frauen zu veranlassen, amerikanische Bürgerinnen zu werden. Diese Einrichtung ist deshalb von großer praktischer Bedeutung, weil im Staate New York die Einführung des Frauenwahlrechts für das Jahr 1915 in Aussicht steht. Um weiteste Kreise auf das Wirken des Naturalisationsbureaus aufmerksam zu machen, verbreitet das Frauenkomitee in Tausenden von Exemplaren und in mehreren Sprachen folgenden Aufruf: „Befürwortet ihr das Frauenstimmrecht? Gedenkt ihr eure Stimmen abzugeben, wenn die Frauen des Staates New York das Wahlrecht erhalten?“

Dann bedenkt, daß ihr Bürgerinnen der Vereinigten Staaten sein müßt! Jede hierzulande geborene Frau ist Bürgerin und wird stimmberechtigt sein. Jede mit einem amerikanischen Bürger verheiratete Frau ist Bürgerin und wird ebenfalls stimmberechtigt sein. Aber im Ausland geborene Frauen, die nicht mit einem amerikanischen Bürger verheiratet sind, müssen naturalisiert werden, um später das Stimmrecht zu besitzen. Das Frauenkomitee der Sozialistischen Partei wird euch helfen, das Bürgerrecht zu erwerben. Das Naturalisationsbureau der Partei — 1459 dritte Avenue — steht jeden Dienstagabend von 8 bis 10 Uhr zu euren Diensten. Ein Mitglied des Frauenkomitees wird beständig anwesend sein. Diese Beauftragte wird alle eure Fragen beantworten, euch volle Auskunft erteilen und eure ersten Papiere ausfüllen.

Ihr braucht nicht Sozialistinnen zu sein, um euch dieses Bestandes zu bedienen. Wir hoffen, euch wie jeden männlichen Wähler zu überzeugen, daß es in eurem Interesse liegt, eure Stimme für die Sozialistische Partei abzugeben. Aber erst wollen wir dafür sorgen, daß ihr Bürgerinnen werdet, ohne nach euren politischen Ansichten zu fragen. Wenn ihr Lohnarbeiterinnen seid, so braucht ihr das Stimmrecht, um für die Erlassung und Durchführung von Arbeiterschutzgesetzen zu wirken. Wenn ihr Hausfrauen und Mütter seid, so braucht ihr das Stimmrecht, um die Gesetze im Interesse eurer Familien und Heimstätten zu beeinflussen. Darum können

wir euch nicht dringend genug ermahnen, das Bürgerrecht zu erwerben, noch ehe das Frauenstimmrecht eingeführt wird.

Seit 45 Jahren kämpfen die Frauen des Staates New York für politische Gleichberechtigung beider Geschlechter, und nun endlich wurde das langertreibe Ziel in greifbare Nähe gerückt. Im Januar 1913 haben die gesetzgebenden Faktoren dieses Staates eine Frauenstimmrechtsvorlage angenommen. Wenn diese Vorlage von den nächsten neuzuwählenden Gesetzgebern im Jahre 1915 ebenfalls angenommen wird — was zu erwarten ist —, so wird sie im Herbst des Jahres 1915 den Wählern des Staates zur Urabstimmung unterbreitet. Wenn sich die Männer von New York dann ebenso fortschrittlich und einsichtsvoll erweisen wie die Männer von Colorado, Idaho, Utah, Wyoming, Washington, Oregon, Kalifornien, Arizona und Kansas, so werden im darauffolgenden Jahre Männer und Frauen gemeinsam zur Wahlurne schreiten. Wenn ihr hofft, dereinst Wählerinnen zu sein, so müßt ihr sofort Schritte tun, um Bürgerinnen zu werden. Zögert nicht und versäumt nicht die euch gebotene Gelegenheit! Kommt am nächsten Dienstagabend in das Naturalisationsbureau der Sozialistischen Partei und unternehmt die ersten Schritte zur Erwerbung eures Bürgerrechts!

In der Stadt New York allein leben Tausende von jungen, unverheirateten Arbeiterinnen, die im Ausland geboren sind und also kein Bürgerrecht besitzen. Ein großer Prozentsatz dieser Arbeiterinnen ist hervorragend klug und fortschrittlich. Viele stehen bereits im sozialistischen Lager. Jetzt, wo das Frauenstimmrecht nicht mehr eine bloße theoretische Forderung ist, sondern Wirklichkeit, Praxis werden soll, wird die Sozialistische Partei um die Stimmen der künftigen weiblichen Wähler ebenso werben müssen wie um die der Männer. Und das ist gut; es wird unserer Bewegung neue, starke Impulse geben. Zunächst muß nun dafür gesorgt werden, daß diesen Arbeiterinnen wie auch den Arbeiterfrauen durch die Erlangung des Bürgerrechts die Möglichkeit gegeben wird, später das Wahlrecht auszuüben.

Meta L. Stern, New York.

Frauenstimmrecht.

Die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts zum Parlament in Norwegen ist gesichert. Bisher bestand nur ein beschränktes aktives und passives Frauenwahlrecht zum Storting (Parlament). Es war 1907 geschaffen worden, nachdem Konservative und Gemäßigtliberale den Antrag der Sozialdemokraten und Radikalen niedergestimmt hatten, allen wahlmündigen Norwegerinnen ihre Gleichberechtigung zu gewähren. Dieses Parlamentswahlrecht der Frauen war in der Hauptsache an die gleichen einschränkenden Bedingungen geknüpft, die bei Einführung des kommunalen Frauenwahlrechts im Jahre 1901 vorgesehen worden waren. Danach besaßen das Stimmrecht und die Wahlbarkeit zu den Gemeindevertretungen nur die Frauen, die selbst oder deren Ehegatten im letzten Jahre vor der Wahl ein Jahreseinkommen versteuert hatten, das mindestens 300 Kronen auf dem Lande und 400 Kronen in der Stadt betragen mußte. Von der über einer halben Million wahlmündiger Norwegerinnen besaßen ungefähr 300 000 volles Bürgerrecht in der Gemeinde und seit 1907 auch das Parlamentswahlrecht, während nahezu die Hälfte rechtlos blieb. Das Gemeinbewahlrecht der Frauen bestand glänzend seine Probe; bereits 1907 hatten von 100 weiblichen Wahlberechtigten 63 abgestimmt und gegen 150 Frauen waren in die Gemeinderäte gewählt worden. Im Jahre 1910 erstete dann das Storting das beschränkte kommunale Wahlrecht der Frauen durch das allgemeine. Nunmehr hat sich der Ausschuss des Storthings, der die Frage der Einführung des allgemeinen politischen Frauenstimmrechts zu prüfen hatte, einig darüber ausgesprochen, den Frauen das Wahlrecht zum Storting unter denselben Bedingungen zu gewähren, wie sie für die Männer gelten. Für die Männer besteht aber das allgemeine Wahlrecht seit 1898, wo es unter dem Druck der Arbeiterklasse eingeführt wurde. Gelangt der Beschluß des Ausschusses im Plenum des Storthings zur Annahme, woran nicht zu zweifeln ist, so wird die Zahl der weiblichen Wähler um zirka 225 000 vermehrt. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, das Wahlalter von 25 auf 21 Jahre herabzusetzen, wodurch weitere 140 000 Wahlberechtigte geschaffen worden wären. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt. Unter der Herrschaft des beschränkten Frauenwahlrechts sind die wahlberechtigten Frauen bei den Storthingswahlen zweimal zur Urne gegangen: 1907 und 1912. Ihre Wahlbeteiligung war sehr reg, zumal in den Städten. Bei beiden Wahlen sind die Frauen, die zum Storting kandidierten, von ihren politischen Gegnern —

Männern und Frauen vereint — geschlagen worden. Es zeigte sich, daß die Frauen im allgemeinen ebenso wie die Männer nach ihrer sozialen Klassenlage abgestimmt haben.

Vom Kampf um das Frauenwahlrecht in England. Im englischen Unterhaus wurde am 6. Mai die Bill Dickinson mit 206 gegen 219 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzesvorschlag des radikalen Liberalen Dickinson sah zwar kein allgemeines Frauenwahlrecht vor, er verlangte aber immerhin das Stimmrecht für 5 bis 6 Millionen Frauen über 25 Jahren, die einen eigenen Haushalt haben oder zusammen mit ihrem wahlberechtigten Manne den Vorstand der Familie bilden. Die Annahme dieses Gesetzesvorschlags hätte nur ein platonisches Bekenntnis des Unterhauses zum politischen Wahlrecht der Frauen bedeutet, da es sich ja um keine Regierungsvorlage handelte. Seine Ablehnung durch das Unterhaus, das sich schon mit überwältigender Mehrheit zugunsten des Frauenwahlrechtes ausgesprochen hatte, ist bezeichnend für die Wirkung, die der Kampf der Suffragetten auf die bürgerliche öffentliche Meinung ausübt.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Sebzehn Schulpflegerinnen in Zürich. Das Volk des Kantons Zürich hat bekanntlich im letzten Jahre eine Gesetzesbestimmung angenommen, die den Frauen die Wählbarkeit für die Schulbehörden einräumt. Am 4. Mai war den Bürgern der Stadt Zürich zum erstenmal die Gelegenheit geboten, weibliche Schulpfleger zu wählen. Es fanden die Wahlen für die Zentralschulpflege und für die verschiedenen Kreisschulpflegen der Stadt statt. Das Ergebnis der Abstimmung war die Wahl von sebzehn Frauen in die Kreisschulpflegen, denen zusammen 127 Mitglieder angehören. Unter den Gewählten sind elf Genossinnen. Außerdem wurde in die Zentralschulpflege, die 10 Mitglieder zählt, eine Frau gewählt, Genossin Rechtsanwältin Dr. Brüstlein.

Die Zahl der vollbeschäftigten Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen in Deutschland betrug im Jahre 1911 39 268. Ihnen standen 148 217 männliche Lehrkräfte gegenüber, mit denen sie zusammen an 61 557 Volksschulen 10 300 949 Schüler und Schülerinnen unterrichten. Die Zahl der vollbeschäftigten Volksschullehrerinnen hat seit der letzten Erhebung im Jahre 1906 um fast ein Viertel zugenommen.

Für die Anstellung von Frauen als Fabrikinspektorinnen sprach sich die russische Duma auf einen Antrag der Sozialdemokraten und Kadetten aus. Praktische Bedeutung wird diese Stellungnahme der Duma wohl zunächst nicht besitzen, denn sie erfolgte gegen den Widerspruch der Regierung, und um Wünsche der „Volksvertretung“ kümmert sich die Regierung des Zaren herzlich wenig.

Verschiedenes.

Bürgerliche Wohlanständigkeit und Steuerbetrug. Die „Sittlichkeit“ der Bürgerlichen braucht an dieser Stelle nicht besonders beleuchtet zu werden. Das Geschäft besorgt die bürgerliche Sensationspresse schon selbst. Sie pflegt bekanntlich recht ausgiebig über die Ständalprozesse zu berichten, in denen Angehörige der besitzenden Klassen ein Debüt geben. Sie verleugnet ihr mitteilbares Gemüt nicht einmal da, wo es der Ruf mancher „hochanständigen“ Damen dringend gebieten würde, die sich als Gegenstand ihrer Eheirrung nicht einen simplen Hausknecht oder Kutscher erlören hatten, sondern zur Abwechslung einen braunen Beduinen von Hagenbeds Schaufstellung. Die bürgerliche Sittlichkeit ist trotz allem ein billiges Mäntelchen, unter dessen Schutze sich wohlfeile Geschäfte machen lassen. Das haben erst dieser Tage wieder in der Schweiz die bürgerlichen „Familienväter“ der sittenstrengen und tugendreichen Stadt Zürich erprobt. Die bedrohte Sittlichkeit mußte ihnen als Feldgeschrei dienen, mit dem sie in den Kampf für den Steuerbetrug stürzten. Sie hatten eine Initiative ins Werk gesetzt, in der sie die Aufhebung zweier Paragraphen des neuen zürcherischen Einführungsgesetzes zum Schweizer Zivilgesetzbuch verlangten. Der § 123 Absatz 2 und 3 des genannten kantonalen Gesetzes gestattete in Zürich eine sogenannte „wilde Ehe“ solchen Ausländern, die nach den gesetzlichen Bestimmungen ihres Heimatlandes auch die Scheidung einer zerrütteten Ehe nicht erreichen konnten. Der andere Paragraph bestimmte, daß beim Ableben von Vater oder Mutter von Minderjährigen eine Aufnahme des Vermögens zu erfolgen hatte. Dieser Paragraph sollte der Steuerhinterziehung gut bürgerlicher Leute ein klein wenig entgegenwirken. Seine Beseitigung war den sittlichen „Familienvätern“ die Hauptsache, die Verbindung beider Paragraphen gab ihnen Gelegenheit, die Steuerhinterziehung unter der Maske „ver-

leitet“ Moral zu erlämpfen. Sogar an den Chauvinismus wurde dabei von ihnen appelliert. „Keine Konfubinatbildung für Ausländer!“ so gelte mit fetten Lettern auf Zehntausenden von Flugblättern der entrüstete Ruf der Sittlichkeitsheuchler. In einem Leitartikel des Züricher „Tagesanzeiger“ beschwor ein „Familienvater“ seine Gefinnungsgeoffenen, zu verhindern, „daß Zürich ein Zufluchtsort für wilde Ehen von Ausländern wird“. Nebenbei wurde für den Steuerbetrug das Mitleid für die „armen Waislein“ angerufen, denen der Staat Zürich das letzte Stück Brot vom Tische nehme. Der Trieb gelang. Die bürgerlichen Steuerbetrüger hatten nicht umsonst vor Mordertum und Chauvinismus gefagbuddelt. Bei der Abstimmung wurden 53 179 Stimmen für die Beseitigung des bedingten Konfubinats abgegeben und dagegen nur 25 973. Für die Aufhebung der Vermögensaufnahme beim Ableben eines Elternteils von Minderjährigen stimmten 45 374 und dagegen 32 829. Die Klassenbewußte Züricher Arbeiterschaft hat in diesem Treffen allein gestanden und geschlossen gegen die Unfittlichkeit bürgerlicher Sittlichkeitsheuchelei und bürgerlichen Steuerbetrugs gekämpft. Sie hatte von Anfang an klar erkannt, daß sich die „Familienväter“ nur für ihren bedrohten Geldbeutel ereiferten. Sie wußte auch, daß mit den bemitleideten „armen Waislein“ die Kinder der Reichen gemeint sind. Den Hinterbliebenen der Proleten kann der Staat bei einer Inventarisierung nichts rauben, und was er bei den Waisen der Reichen genommen hätte, wäre nur das gewesen, was ihm und der Volksgesamtheit seither durch Steuerbetrug entzogen worden ist.

Soziale Reformen eines sozialdemokratischen Stadtrats in der Schweiz. La Chaux de Fonds ist ein Uhrmacherstädtlein im Jura und gehört zum Kanton Neuenburg. Es zählt 30 000 Einwohner und wird von einem Stadtrat regiert, der in seiner großen Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht. Seitdem diese Mehrheit die städtische Verwaltung in den Händen hat, hat der Gemeinderat schon verschiedene Reformen durchgeführt, die der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen. Dieser Tage hat er die Einführung eines antialkoholischen Unterrichts in den städtischen Schulen beschlossen. Er soll nach englischem Vorbild eingerichtet werden, und zu seinem Leiter wurde Genosse Dr. Tissot bestimmt. Weiterhin faßte der sozialdemokratische Stadtrat einen Beschluß, nach dem der arbeitenden Bevölkerung künstliche Gebisse zu herabgesetztem Preise von der Gemeinde abgegeben werden. Ganz Bedürftige sollen die Gebisse kostenlos erhalten. Eine Anzahl anderer Reformen, die dem Besten der Werkstätigen dienen sollen, hat der rote Gemeinderat bereits auf die Tagesordnung gesetzt. Die Bürgerlichen wissen ihm für sein Wirken begreifficherweise wenig Dank. Sie erheben in ihren Blättern ein Wutgebrüll über das „Jakobinerregiment“ von La Chaux de Fonds und drohen, es bei den nächsten Wahlen in den tiefsten Abgrund zu stürzen. Auch der deutsche Spieß wird ihnen die warme Teilnahme an ihrem Schmerze nicht versagen, wenn er erfährt, welsch ruchlose Missetaten der sozialdemokratische Stadtrat schon auf sein schuldeladenes Haupt geladen hat. Man höre und schaudere: Der Stadtrat ließ am 1. Mai beim Abmarsch des Arbeitermaizugs die Glocken der Stadt läuten und marschierte selbst offiziell im Zuge mit, dem die Stadtfahne vorangetragen wurde, die zwei Polizisten im Feiertagskleid begleiteten. Ferner hat der rote Stadtrat die Gemeindefubvention gestrichen, die bisher bürgerliche Stadtväter aus den Taschen der Arbeiter dem Kadetten- und Pfadfinderkorps ausgeworfen hatten. Der jetzige Stadtrat vermochte die Notwendigkeit dieser Art „Jugendpflege“ nicht einzusehen, die ein ähnliches Gebilde darstellt wie der Jungdeutschaubund. Halbreiche Bourgeoisfrüchtlein werden durch sie mit Chauvinismus gefüttert und im Gebrauch der Mordwaffen eingeübt, nebenbei werden sie auch weiblich gegen die moderne Arbeiterbewegung aufgekehrt. Der Opferjinn der Patrioten und Fabrikanten von La Chaux de Fonds reichte nicht aus, um die dortige Ortsgruppe dieser jugendlichen Schutzgarde der Kapitalisten am Leben zu erhalten, die Steuergroschen der Proletariat mußt das besorgen. Nun der sozialdemokratische Stadtrat mit der Streichung dieser alljährlichen Unterstützung von einigen hundert Franken bewiesen hat, daß er auch am rechten Fleck zu sparen versteht, erheben dieselben Bürgerlichen ein wütendes Geschrei, die sonst nie genug jammern können über die Kosten der sozialen Reformen des roten Stadtrats. Man versteht ihren Schmerz. H. W.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Jundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. S. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.